

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Europa-Parlament fordert Moratorium gegen Tiefseebergbau

Das Europäische Parlament hat sich für einen Aufschub von Tiefseebergbauprojekten ausgesprochen und die Europäische Kommission aufgefordert, ein internationales Moratorium gegen Abbaulizenzen zu erlassen, bis die Auswirkungen des unterseeischen Ressourcenabbaus auf die Unterwasserwelt und deren Biodiversität besser erforscht sind. Wörtlich heißt es in dem Appell: „...calls on the Commission and the member states to support an international moratorium on commercial deep-sea mining exploitation licences until such time as the effects of deep-sea mining on the marine environment, biodiversity and human activities at sea have been studied and researched sufficiently...“.

Mit ihrer Resolution an die Kommission fordert das Parlament auch die Mitgliedsstaaten der Kommission auf, die Vergabe von Explorationslizenzen nicht zu substituieren oder durch Steueranreize zu unterstützen.

Die Resolution für ein Tiefseebergbau-Moratorium wurde am 16. Januar 2018 mit 558 (von 666) Stimmen verabschiedet. Da das Europäische Parlament kein juristisches Mitspracherecht bei Lizenzvergaben hat, handelt es sich bei der Resolution um eine reine Empfehlung an die Europäische Kommission.

Der Generalsekretär der *International Seabed Authority* (ISA), Michael Lodge, zeigte sich unbeeindruckt von der Resolution. Man werde diese nicht weiter kommentieren, so Lodge.

Die Internationale Meeresbodenbehörde, gegründet 1994, hat bis dato Explorationslizenzen an 28 Unternehmen vergeben, die zusammengenommen die Fläche von 1,3 Millionen Quadratkilometern im

Atlantischen, Indischen und Pazifischen Ozean bedecken. Die Unternehmen mit Lizenzen zum Abbau von Mangan-, Kupfer- und Kobaltknollen, Massivsulfiden, seltenen Erden und Krusten auf Tiefseebergen kommen u.a. aus China, Kanada, Japan, Südkorea und auch Europa.

Einige der Staaten, die über keine Lizenz verfügen, wie etwa Australien, Neuseeland und Süd-Afrika, fordern von potentiellen Bergbauunternehmen die Einhaltung noch festzulegender Umweltstandards, die Überwachung der technischen Abbauprozesse unter Wasser sowie den Schutz der Unterwasserwelt und der in der Nähe von Tiefseebergbauprojekten lebenden Küstenbewohner.

Die ISA hat mitgeteilt, bis zum Jahr 2020 einen „Verhaltenskodex“ zum Tiefseebergbau erstellen zu wollen. Über den bisher vorgelegten Entwurf eines solchen Kodexes (engl. *Mining Code*) herrscht Uneinigkeit bei Bergbaufirmen, Wissenschaftlern und Umweltschützern. Vor allem Süd-Afrika kritisierte, wie schwach der Vertragsentwurf im Hinblick auf die Bewahrung der marinen Biodiversität sei.

(<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0004+0+DOC+XML+V0//EN&language=EN>, PNG Mine Watch 07.02.18, <https://www.isa.org.jm/>)



UN-Generalsekretär fordert nukleare Abrüstung

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), Antonio Guterres, hat anlässlich einer Abrüstungskonferenz (*Conference on Disarmament*) in Genf Ende Februar bekanntgegeben, dass die Vereinten Nationen eine neue Initiative zur nuklearen Abrüstung auf den Weg bringen werden. In Abspra-

che mit den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen habe er sich angesichts „gefährlicher Entwicklungen“ entschlossen, das Thema nukleare Abrüstung wieder mehr in den Fokus zu rücken.

Derzeit gibt es nach Angaben von Guterres weltweit 150.000 einsatzbereite Nuklearwaffen. Der Waffenhandel floriere wie noch nie seit dem Ende des Kalten Krieges. Das Testen und Einsetzen von Nuklearwaffen und chemischen Waffen sei in einigen Staaten kein absolutes Tabu-Thema mehr, sondern würde ernsthaft diskutiert. Diesem Trend gelte es Einhalt zu gebieten.

Mit der neuen Initiative will Guterres auch die Grundlagen des Staatenbündnisses stärken. Die UNO sei gegründet worden, um Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Nun müssten alle Staaten daran mitarbeiten, todbringende Nuklearwaffen zu eliminieren.

Im Mai des Jahres wird die UN-Generalversammlung eine „High-Level“-Konferenz zur nuklearen Abrüstung durchführen, erklärte Guterres. (*Unfold Zero* 28.02.18)

Keine Visa für Saisonkräfte aus Samoa

Das amerikanische *Department of Homeland Security* (D.H.S., Heimatschutzministerium) hat auf Anweisung des amerikanischen Präsidenten Donald Trump Haiti, Belize und Samoa von der Liste der Länder gestrichen, deren Einwohner temporäre Arbeitsvisa für die USA erhalten können. Damit können ab sofort keine Samoaner mehr als saisonale Arbeitskräfte in die USA reisen. Die Visa der Kategorie H-2A und H-2B werden für Bürger der oben genannten drei Staaten nicht mehr ausgestellt.

Die Länderliste wird jährlich vom DHS mit Zustimmung des US-Außenministeriums festgelegt.

Info: Mit Hilfe des H-2A Visums können gelernte oder ungelernte ausländische Arbeitskräfte vorübergehend eine landwirtschaftli-

che Tätigkeit ("temporary agricultural work") für einen US-Arbeitgeber in den USA ausüben. Beim H-2B Visum handelt es sich um die Ausübung von nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten ("temporary non-agricultural work") für einen US-Arbeitgeber in den USA.

Im Jahr 2016 waren keine Visa der beiden Kategorien an Samoaner erteilt worden. Die Streichung von der Liste wurde trotzdem mit der Begründung getätigt, Samoa nähme von den USA ausgewiesene temporäre Arbeitskräfte nicht zurück.

Auf der Liste verbleiben folgende pazifische Staaten, deren Bürger ein temporäres Arbeitsvisum für die USA beantragen können: Australien, Fidschi, Kiribati, Nauru, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Salomonen, Timor-Leste, Tonga, Tuvalu und Vanuatu. Auch Deutschland steht auf dieser Länderliste. (*Samoa Observer* 18.01.18, <https://www.americandream.de/us-einwanderungsbehoerde-veroeffentlicht-laenderliste-fuer-h-2a-und-h-2b-visa/>, <https://www.uscis.gov/working-united-states/temporary-workers/h-2a-temporary-agricultural-workers>)

USP feiert 50. Geburtstag

Anfang Februar hat die *University of the South Pacific* (USP) ihren 50. Geburtstag gefeiert. 1968 gründeten zwölf Pazifikstaaten diese überregionale Ausbildungsstätte für ihre Einwohner. Die USP ist eine von weltweit nur zwei in Kollektivbesitz von Ländern befindliche Universität. Die Uni wird von 12 pazifischen Staaten gemeinsam betrieben: Cook-Inseln, Fidschi, Kiribati, Marshall-Inseln, Nauru, Niue, Salomonen, Tokelau, Tonga, Tuvalu, Vanuatu und Samoa. In jedem dieser Staaten befindet sich ein Campus. Außerdem gibt es die *School of Law* in Vanuatu und die *School of Agriculture and Food Technology* in Samoa. Die Verwaltung der USP befindet sich in Suva, der Hauptstadt Fidschis. Das Budget der USP wird neben den zwölf Betreiberstaaten vor allem durch Australien getragen.

Die Uni bildet sowohl in Undergraduate- als auch in postgradua-

te-Studiengängen aus. Zu den Themenfeldern gehören unter anderem: Journalismus, Tourismus, Landwirtschaft, Umweltschutz, Informatik, Wirtschaft und Sozialwesen. Das Motto der USP lautet: „Celebrating the Pacific- Shaping its future“.

(<https://www.usp.ac.fj/>, Pressemitteilung PIF 05.02.18, Wikipedia)



Celebrating the Pacific, Shaping its Future

Frauen-Krisenzentrum ausgezeichnet

Das *Fiji Women's Crisis Center* (FWCC) in Suva (Fidschi) ist mit dem diesjährigen "Mitchell Humanitarian Award" ausgezeichnet worden. Der vom *Development Policy Centre* der *Australian National University* (ANU) jährlich vergebene Preis ehrt Organisationen oder Einzelpersonen, die mit australischer Entwicklungshilfe unterstützt werden und nach Ansicht der Jury einen herausragenden Beitrag zum Ziel der weltweiten Entwicklung leisten.

Das FWCC wurde 1984 als Frauenkrisenzentrum gegründet. Das Zentrum leistet medizinische und psychologische Unterstützung für Frauen und Mädchen, die Gewalt erfahren haben. An verschiedenen Standorten in Fidschi bietet das Zentrum Trauma-Beratung an. Ein Großteil der Arbeit des Teams unter Leitung der Indu-Fidschianerin Shamima Ali besteht auch in Schulungen für Männer (Polizei, Militär etc.) zur Gewaltvermeidung im Berufsalltag. Mit ihren Beratungsangeboten und regelmäßigen offenen Sprechstunden für Frauen und Männer bemühen sich die Mitarbeiterinnen, geschlechterspezifische Rollenklischees aufzubrechen und patriarchalische Strukturen zu durchbrechen. Eine rundum besetzte „Notfallnummer“ hilft im akuten Fall betroffenen Frauen unbürokratisch weiter.

Darüber hinaus spielt das Center auch eine zentrale Rolle bei der

Koordinierung der Arbeit der Zivilgesellschaft in der fidschianischen Hauptstadt Suva insgesamt und war beispielsweise in Folge der militärischen Machtübernahme im Jahr 2006 einer der deutlichsten Kritiker der militärischen Übergangsregierung.

Das Zentrum im Herzen der fidschianischen Hauptstadt wird seit 1990 kontinuierlich mit australischen Entwicklungshilfegeldern gefördert.

Info: Der *Mitchell Humanitarian Award* ist benannt nach Harold Mitchell (Jahrgang 1942), einem australischen Geschäftsmann und international bekannten Philanthropen. Mit seiner Stiftung finanziert er diverse Wohltätigkeitsprojekte in den Bereichen Gesundheit und Bildung. Außerdem fördert er die Verbreitung traditioneller Kunst der Aborigines im Ausland.

Der Preis besteht aus einer Skulptur sowie aus einem Preisgeld in Höhe von 10.000 AUS-Dollar.

(Artikel von Julia Ratzmann und Oliver Hassenkamp.

Quellen: <http://www.fijiwomen.com/>, <http://devpolicy.org/fiji-womens-crisis-centre-mitchell-award-20180214/>, <http://haroldmitchellfoundation.com.au/>, Besuch beim FWCC)



Preis für fidschianische Meeresforscherin

Dr. Sangeeta Mangubhai aus Suva ist eine der Preisträgerinnen des diesjährigen „Marine Pew Fellowship Award“. Das Preisgeld in Höhe von 150.000 US-Dollar soll die Meeresforscherin zur Verbesserung der nachhaltigen Fischerei in Fidschi, den Salomonen und Vanuatu nutzen.

Mangubhai forscht derzeit zur Rolle der Frauen in der küstennahen Fischerei durch Kleinstfamilienbetriebe. Mehr als die Hälfte aller Fänge aus der Kleinfischerei (engl. *small scale fishery*) gehen dabei

auf das Konto von Frauen. Mit ihren täglichen Fischfangzügen sichern sie die Ernährungsgrundlage der Familien und bewirtschaften gleichzeitig Fischbestände. Deshalb müssten Frauen auch in pazifische Prozesse des Fisch-Managements eingebunden werden. Frauen bräuchten mehr Wissen über moderne Fangmethoden, die Möglichkeiten zum Verkauf ihrer Fänge sowie die allgemeine Situation auf dem Weltmarkt, fordert Mangubhai.

Mit dem Preisgeld möchte die Wissenschaftlerin nun den Zusammenhang zwischen Küstenfischerei, Menschenrechten und Gender mit sozialwissenschaftlichen Methoden untersuchen. Außerdem möchte sie der Frage nachgehen, wie die globale Fischereipolitik kleine Küstengemeinden im westlichen Pazifik beeinflusst.

Mangubhai ist als „Pew Fellow“ eine von insgesamt acht ExpertInnen. Dieses Projektteam soll in den nächsten drei Jahren an Lösungen für marine Probleme, wie etwa der Müllproblematik oder der Überfischung, arbeiten. Zu den acht Mitgliedern der Arbeitsgruppe gehört u.a. auch der Indonesier Dr. Ricardo Tapilatu vom *Research Center for Pacific Marine Resources, University of Papua (UNIPA)*.

Info: Sangeeta Mangubhai wurde in Suva geboren. Sie studierte und promovierte in Australien. Seit 2014 ist sie Direktorin der Regionalgruppe Fidschi der *Wildlife Conservation Society*.

Außerdem ist sie Herausgeberin der Fachzeitschrift „*Pacific Conservation Biology*“. Sie ist zudem Co-Vorsitzende des *Executive Committee for the Women in Fisheries Network-Fiji*.

Bereits im Jahr 2016 wurde Mangubhai geehrt. Damals erhielt sie für ihre Studien zur Bewirtschaftung und zum Schutz der Korallenriffe den „World Reef Award“ der *International Society for Reef Studies*.

(<http://www.pewtrusts.org/en/projects/marine-fellows>, <https://fiji.wcs.org/Who-we-are/Staff-Profiles.aspx>, *Fiji Times* 20.02.18)

Attenborough engagiert sich gegen Tiefseebergbau

Der britische Tierfilmer und Naturforscher Sir David Attenborough spricht sich gegen Tiefseebergbau aus. Der am 8. Mai 1926 in London geborene ehemalige Programmdirektor der *British Broadcasting Corporation* (BBC) erklärte, die Zerstörung der Tiefsee durch Bergbau sei „tragisch“ und ein Verlust für die Menschheit. Unten in der Tiefsee bei den thermischen Winden habe das Leben einmal begonnen, so Attenborough weiter. Dass man nun mit dem Abbau der Rohstoffe in der Tiefsee anfangen wolle, käme der Zerstörung des Lebensursprungs gleich.

Im Besonderen wandte sich Attenborough mit seiner Kritik an die kanadische Firma Nautilus und deren geplantes SOLWARA 1-Projekt vor der Küste von Papua-Neuguinea. (*BBC* 15.12.17, <http://looppng-sb.com/png-news/sir-david-attenborough-against-deep-sea-mining-71333>)

Ethische Reiseziele im Pazifik

Vanuatu und Palau gehören zu den zehn „ethischen“ Reisezielen, wie sie von der Nichtregierungsorganisation „The Ethical Traveler“ benannt wurden. Die Organisation, eine Projektstelle des britischen *Earth Island Institute*, erstellt jährlich eine Liste mit insgesamt zehn Reisezielen, die aus ethischer Sicht besonders empfehlenswert sind.

Kriterien für die Wahl sind u.a. die Wahrung der Menschenrechte, der Schutz der Umwelt und der Tierwelt sowie Grundleistungen der sozialen Fürsorge. Außerdem wird die Nachhaltigkeit des Fremdenverkehrs berücksichtigt.

In diesem Jahr wurden neben den beiden Pazifikstaaten folgende Staaten ausgezeichnet: Belize, Benin, Chile, Kolumbien, Costa Rica, die Mongolei, St. Kitts & Nevis und Uruguay.

(<https://ethicaltraveler.org/reports/destinations/the-worlds-ten-best-ethical-destinations-2018/>, *Vila Times* 25.01.18)

Knochenfunde von Amelia Earhart?

Mehr als 80 Jahre nach dem Verschwinden der amerikanischen Flugpionierin Amelia Earhart hat ein Anthropologe eine Untersuchung zu möglichen Überresten der berühmten Abenteurerin vorgelegt. Menschliche Knochen, die 1940 auf dem kleinen Pazifik-Atoll Nikumaroro (Phönix-Inseln/Kiribati) gefunden wurden, stammen demnach wahrscheinlich von Earhart, wie Professor Richard Jantz nach einer forensischen Studie an der *University of Tennessee* in Knoxville schreibt. Der emeritierte Professor für Anthropologie veröffentlichte seine Entdeckung jetzt in der Fachzeitschrift *„Forensic Anthropology“*.

Die aus Kansas (USA) stammende Earhart hatte 1932 als erste Frau den Atlantik überflogen und damit Berühmtheit erlangt. Am 2. Juli 1937 verschwand sie mit ihrem Navigator Fred Noonan beim Versuch, mit ihrer *Lockheed Electra* als erster Mensch die Erde am Äquator zu umrunden. Auf der Etappe zwischen Neuguinea und der unbewohnten Howard-Insel brach der Kontakt mit der Flugpionierin ab. Als wahrscheinlichste Erklärung für ihr Verschwinden gilt, dass ihr der Treibstoff ausging und das Flugzeug irgendwo in der Nähe der Howard-Insel im Pazifik abstürzte.

Die einst auf Nikumaroro nahe der Howard-Insel gefundenen Skelettüberreste wurden ursprünglich einem Mann zugeordnet und sind seit Langem verschwunden. Jantz analysierte die vor sieben Jahrzehnten gemachten und noch vorhandenen Messungen nun aber neu.

Er verglich, ob die gefundenen Knochen generell zu einer Frau und zu den überlieferten und teils geschätzten Körpermaßen von Amelia Earhart passen könnten. Dabei kam er zu dem Ergebnis, dass die gefundenen Knochen besser zu Earhart als zu 99 Prozent der Menschen aus einer Vergleichsgruppe passen. Mit Hilfe von Kleidungsstücken und Fotos

ermittelte Professor Jantz die Größe von Amelia Earhart: Sie war zwischen 1,70 und 1,72 Meter groß und damit größer als rund 90 Prozent ihrer Altersgenossinnen. Diese Größe würde zur Größe des Skeletts von Nikumaroro passen, so Jantz. Aus den Fotos geht zudem hervor, dass die Pilotin zwar schmale Hüften, aber kräftige Arme und Beine hatte – was ebenfalls zu den Merkmalen der Nikumaroro-Knochen passt. *„Das stützt stark die Schlussfolgerung, dass die auf Nikumaroro gefundenen Knochen von Amelia Earhart stammen“*, schreibt er. *„Bis eindeutige Beweise präsentiert werden, dass die Überreste nicht die von Amelia Earhart sind, ist das überzeugendste Argument, dass sie es sind“*, so der Professor.

Info: Die US-Flugpionierin Amelia Earhart galt als die "Königin der Lüfte". Als erste Frau und zweiter Mensch nach Charles Lindbergh gelang ihr ein Soloflug über den Atlantik. Weitere Rekorde waren unter anderem der erste Alleinflug von Kalifornien nach Hawai'i und ein Höhenweltrekord für Frauen. 1940 hatte ein britischer Offizier auf dem 350 Seemeilen südlich von Earharts Route liegenden Atoll Nikumaroro vielversprechende Überreste gefunden: Er entdeckte einen Schädel und die Arm- und Beinknochen eines Menschen, außerdem eine Sextantenkiste, den Teil eines Damenschuhs sowie eine Flasche mit französischem Bénédicte-Likör – eine Marke, die Earhart bekanntermaßen schätzte. (<http://journals.upress.ufl.edu/fa/article/view/525>, dpa 09.03.18, <http://www.scinexx.de/wissen-aktuell-22503-2018-03-09.html>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Erdbeben im südlichen Hochland

Am 26. Februar erschütterte ein Erdbeben der Stärke 7,5 auf der nach oben offenen Richter-Skala die Region um Mendi im südlichen Hochland. Das Epizentrum des Bebens lag 100 Kilometer von Mendi entfernt im Distrikt Nipakutubu in der Provinz Southern Highlands. Das Beben hatte Auswirkungen auf die Provinzen Southern Highlands, Hela, Enga und die Western Province.

Durch das Beben und mehrere Nachbeben (bis zu 6,6 auf der Richter-Skala) in den Tagen nach dem starken Beben kam es zu zahlreichen Erdrutschen, in Gebirgstälern wurden ganze Dörfer von herabstürzenden Berghängen verschüttet. Das ganze Ausmaß der Katastrophe wurde aus der Luft ersichtlich. Piloten der christlichen Fluggesellschaft *Mission Aviation Fellowship (MAF)*, die medizinische Evakuierungsflüge durchführen und Hilfsgüter wie Trinkwasser, Reis, Konserven und mobile Wasserauffangsysteme transportieren, sprachen von zerstörten Gärten und verschütteten Häusern, über die Ufer getretenen Flüssen und einer allgemeinen Unübersichtlichkeit in den betroffenen Gebieten: *„Food gardens especially on ridges were reported destroyed. This was confirmed from the air. Rivers and creeks turned muddy and were blocked with fallen trees and rocks causing water to build up upstream then burst open and send a flood of fast travelling debris downstream wiping away food gardens“* (Nawi Mabo, MAF-Angestellter).

Die MAF hat die technische Assistentin bei MAF-PNG, Frau Sharlene Coker, als Koordinatorin der Katastrophenhilfe berufen. Coker hatte bereits 2015 nach dem Erdbeben von Nepal die Katastro-

phenhilfe durch die MAF vor Ort koordiniert.

Bisher wurden 100 Opfer gemeldet, doch noch konnten die Rettungskräfte nicht alle verschütteten Dörfer erreichen. Mindestens 17.000 Menschen mussten in Notunterkünfte gebracht werden. Nach Angaben von Hilfsorganisationen sind 150.000 Menschen unmittelbar von den Auswirkungen des Bebens betroffen. Über 500 Menschen wurden verletzt, warten aber zum Teil noch auf Hilfe, weil es keine Krankenstationen gibt und die Menschen nicht in Krankenhäuser im Umland ausgeflogen werden können. Das regionale Krankenhaus in Mendi hat weder Strom noch Wasser, auch sind dort keine Medikamente mehr vorhanden.

Besonders betroffen ist nach Angaben des Hilfswerks der Vereinten Nationen (*Office for the Coordination of Humanitarian Affairs*) die Hauptstadt der Provinz Hela, Tari. Der regionale Flughafen von Tari bleibt geschlossen. Angeflogen werden können derzeit nur die Flughäfen in Moro und Mendi.

Das neuguineische Rote Kreuz wird bei der Katastrophenhilfe von Teams aus Neuseeland und Australien unterstützt. Auch Mitarbeiter des Roten Halbmonds sind im Einsatz. Die Hilfsorganisationen stellen 212.000 US-Dollar Soforthilfe zur Verfügung. Es wurden Luftbrücken eingerichtet, denn die Straßen sind derzeit unpassierbar und viele Täler können nur aus der Luft erreicht werden. Neben der MAF sind auch staatliche Helikopter sowie private Flugzeuge von Bergbaufirmen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Care-Paketen im Einsatz. Strom- und Telefonleitungen waren auch noch Tage nach dem Beben betroffen, Handys funktionierten nur eingeschränkt auf höheren Bergen.

Die Betriebe in den beiden Minen Ok Tedi und Porgera und auf den Gasfeldern des LNG-Projektes (Liquefied Natural Gas) der Firma Exxon wurden eingestellt. Eine Pipeline, die toxische Abräume aus der Gold- und Kupfermine Ok Tedi

abtransportieren sollte, wurde zerstört, so dass sich giftige Sedimente in die Umgebung ergossen. Umweltschützer fürchten jetzt die Verseuchung des Bodes durch den quecksilberhaltigen Abraum.

Regierungschef Peter O'Neill rief für die betroffenen Provinzen den Notstand aus und erklärte, umgerechnet 114 Millionen Euro (450 Mio. Kina) staatliche Gelder für die Nothilfe in der Erdbebenregion bereitstellen zu wollen.

Die Kirchenleitung der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea (ELC-PNG) hat in ihrer Zentrale in Ampo eine Sammelstelle für Hilfsgüter eingerichtet. Der Generalsekretär der ELC-PNG, Bernard Kaisom, nahm an einem Koordinierungstreffen aller Hilfsorganisationen unter Leitung des PNG Council of Churches teil. Dort beschloss man u.a. einen Evaluierungstrupp ins Hochland zu schicken, um vor Ort zu schauen, was am dringendsten benötigt wird. Die ELC-PNG hat außerdem bekannt gegeben, in den nächsten Wochen Trauma-Berater und Seelsorger in die entsprechenden Provinzen zu entsenden. Durch inzwischen über 130 kleinere Nachbeben und das große Ausmaß der Zerstörungen vor allem in den Tälern seien viele Menschen stark traumatisiert und benötigten moralische Unterstützung, wie es aus der Kirchenzentrale in Ampo hieß. Aus dem Vatikan erreichte die Katholische Bischofskonferenz in Papua-Neuguinea ein Solidaritätsschreiben von Papst Franziskus. Er kondolierte den Familien der Opfer und erklärte, er würde für Papua-Neuguinea beten. (RNZ 27.02.18, MAF-Berichte über Pilot Volkher Jacobsen, eigene Recherche bei Mitarbeitenden von Mission EineWelt vor Ort, ABC 06.03.18, Radio NZ Intern. 02.03.18, <http://www.looppng.com/png-news/touching-recount-maf%E2%80%99s-earthquake-response-74206>, <https://reliefweb.int/disaster/eq-2018-000020-png>)

Protest gegen Lizenzvergabe

Die Nichtregierungsorganisation *Alliance of Solwara Warriors* hat im Bergbauministerium (Mineral Resources Authority) Klage eingereicht gegen die Vergabe von Explorationslizenzen an die kanadische Bergbaufirma *Nautilus Minerals*. Anfang Februar hatte die Regierung von Papua-Neuguinea dem Unternehmen die Explorationslizenz EL 2537 für einen Zeitraum von zwei Jahren in der südöstlichen Bismarck-See zwischen den Inseln Neubritannien und Neuirland erteilt. Das Lizenzgebiet ist 2.558 Quadratkilometer groß. Die jetzt erteilte Lizenz schließt damit ein Gebiet ein, das wesentlich größer ist als das geplante Tiefseebergbauprojekt SOLWARA 1.

Nautilus geschäftsführender Direktor, Mike Johnston, begrüßte die Lizenzvergabe und sagte, Nautilus habe die Bedingungen für die Erkundung der Tiefsee verbessern können. Mit Hilfe neuer Technologie könne man nun größere Flächen in wesentlich kürzerer Zeit nach wertvollen Rohstoffen absuchen.

Die Solwara-Allianz will jetzt gerichtlich gegen die Explorationslizenz EL 1196 vorgehen. Dieses Gebiet umfasst die für einheimische Klans besonders wichtigen traditionellen Fisch- und Zeremonialgründe an der Westküste der Insel Neuirland sowie das Gebiet rund um die Duke of York Inseln in der Provinz East New Britain.

Die Allianz wandte sich an Bergbauminister Johnson Tuke und kritisierte, man habe die Explorationslizenzen ohne das informierte Einverständnis der Küstenbewohner an die Firma Nautilus vergeben. Dieses Vorgehen widerspräche der Allgemeinen Erklärung der Rechte indigener Völker der Vereinten Nationen. Die Mitglieder der Allianz verstünden sich als „Wächter“ (engl. custodian) des Ozeans, deren Lebensqualität entscheidend von einer intakten Flora und Fauna zu Lande und zu Wasser abhängt.

Die Allianz hat das *Centre for Environmental Law and Community Rights (CELCOR)* in Port Moresby beauftragt, die Rechtmäßigkeit der Lizenzvergabe an Nautilus zu überprüfen. CELCOR soll außerdem Nautilus dazu bringen, Umweltverträglichkeitsstudien, Machbarkeitsstudien und Studien zur Risikoanalyse zu veröffentlichen bzw. die erhobenen Daten der Allianz zugänglich zu machen.

Nautilus steckt derzeit in finanziellen Schwierigkeiten. In den letzten Monaten traten u.a. deswegen zwei Top-Manager von Nautilus zurück, darunter auch der Vize-Präsident des PNG-Zweigs von Nautilus. Es ist nicht abzusehen, wann das eigentlich für dieses Jahr geplante SOLWARA 1-Projekt an den Start gehen wird.

Die Regierung von PNG hält einen Anteil in Höhe von 15 % an SOLWARA 1.

Info: Die *Alliance of Solwara Warriors* ist eine Gruppe von Einzelpersonen und Dorfverbänden aus der Stadt Madang, East New Britain, Neuirland, der Insel Manus und der Milne Bay Provinz. (Lawyers Weekly 14.12.17, Globe Newswire 09.02.18, PNG Mine Watch 18.01.18, 25.02.18, <https://www.solwaramining.org/>)



Kritik an Repressalien gegen Journalisten

Die *Pacific Islands News Association (PINA)* hat in einer Pressemitteilung von Anfang März die körperlichen Attacken und Einschüchterungsversuche gegen Journalisten in Papua-Neuguinea und in Fidschi scharf verurteilt. Frankiy Kapin, Journalist für die einheimische englischsprachige Tageszeitung „Post-Courier“, war bei Recherchen in Lae (Morobe Provinz) von vier Männern angegriffen und verletzt worden.

In Fidschi waren drei Journalisten des Monatsmagazins „Islands Business“ wegen eines regierungskritischen Artikels festgenommen und von der Polizei befragt worden.

Die PINA erklärte, sie beobachte seit längerem eine schleichende Einschränkung der Pressefreiheit. Sie wies den *Media Council of Papua New Guinea* an, sich für den Schutz (vor allem weiblicher) Journalisten stärker zu engagieren. Investigative Recherche sei nicht mehr möglich, wenn Journalisten um ihre Unversehrtheit oder gar ihr Leben fürchten müssten, erklärte die PINA. Presse- und Meinungsfreiheit seien Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft und dürften nicht eingeschränkt werden. Es müsse gefahrlos möglich sein, auf gesellschaftliche und politische Missstände hinzuweisen.

Im Falle des Post-Courier-Journalisten wurden inzwischen vier Männer verhaftet und zu einer Geldstrafe in Höhe von je 300 Kina verurteilt. Der Vize-Gouverneur der Morobe-Provinz, Judas Nalau, entschuldigte sich für den Vorfall und versprach, sich künftig in seiner Provinz verstärkt für die Pressefreiheit einzusetzen.

Die PINA kündigte an, die zunehmenden Repressalien gegen investigative Journalisten zum Thema auf dem fünften pazifischen Mediengipfel im Mai des Jahres in Nuku'alofa (Tonga) machen zu wollen.

(Marshall Islands Journal 02.03.18, <https://www.thenational.com.pg/bail-money-forfeited-assault-journalist-cost-lae-four-k300/>, https://www.ifex.org/papua_new_guinea/2018/02/24/attack-journalist-kapin/)

UN-Hochkommissar beklagt Korruption

Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, der jordanische Prinz Zeid bin Ra'ad Zeid al-Husseini, hat bei einem Kurzbesuch in Port Moresby Mitte Februar Premierminister Peter O'Neill sowie hochrangige Regierungsvertreter scharf kritisiert. Es sei „inakzeptabel“ (Zitat), dass die Regierung Bergbauunternehmen Abbaukonzessionen ohne das

informierte Einverständnis (engl. *free, prior and informed consent*) der betroffenen Landeigner erteilt habe. Viele Landeigner hätten unter Drohungen und auch oft unter Gewaltanwendung ihr Land verlassen müssen, um Platz für die Minenbetriebe zu schaffen.

Die Regierung täte gut daran, sich mit dem Thema der Korruption in Regierungskreisen und in der Wirtschaft zu befassen, sagte al-Husseini. Zudem äußerte der UN-Hochkommissar in sehr deutlichen Worten Kritik an der Einschränkung der Pressefreiheit. Journalisten und Menschenrechtsverteidiger dürften nicht an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert werden. Berichte über die Gefährdung der Menschenrechte in den Bergbaubetrieben seien besorgniserregend. Der Staat sei in der Verpflichtung, auch bei nicht-staatlichen Arbeitgebern die Einhaltung grundlegender Rechte zu gewährleisten: *„States have a responsibility to prevent, investigate, punish and redress human rights abuses within their territory, including abuses committed by private corporations“*.

Im Hinblick auf den APEC-Gipfel (Asia Pacific Economic Cooperation) im kommenden Jahr in Port Moresby sagte al-Husseini, die Regierung von Papua-Neuguinea müsse dringend das Problem der so genannten „Hexenverfolgungen“ und der Anklagen wegen Zauberei (sanguma) in den Griff bekommen. Diese Dinge gehörten nicht in einen freien, modernen und demokratischen Staat.

Der Hochkommissar riet Peter O'Neill wörtlich: *„...Papua New Guinea to take firm measures to combat corruption, build good governance and strengthen the rule of law“*. (UN Pressemitteilung 10.02.18, <http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/Display-News.aspx?NewsID=22644&LangID=E>)

Abraum soll in Tiefsee-Graben entsorgt werden

Im Rahmen der „PNG Mining and Petroleum Conference“ Ende letzten Jahres hat der Betreiber der

Wafi-Golpu-Goldmine, die Firma Wafi-Golpu Joint Venture (WGJV), angekündigt, die Abräume aus der geplanten Mine in den Tiefsee-Graben im Huon Golf versenken zu wollen. Der Graben im Huon Golf ist 9.000 Meter tief. Bisher lagern sich dort natürliche Sedimente an, die aus den Flüssen Markham und den Nebenflüssen ins Meer gespült werden. Die für den Abraum aus der Mine geplante Pipeline soll zunächst nach Norden führen und dann entlang des Highlands Highway vorbei am Flughafen Nadzab direkt bis in den Süden der Stadt Lae führen, wo sie im Huon-Golf enden soll.

WGJV-Direktor Bryan Bailie erklärte, der Tiefsee-Graben im Huon Golf sei ökologisch sowieso schon stark durch Sedimente und Geröll betroffen, da käme es auf weitere (toxische) Abräume aus der Mine nicht mehr an.

Info: Das WGJV ist ein Joint Venture der Bergbaukonzerne *Harmony Gold Mining* aus Südafrika und *Newcrest Mining Limited* aus Australien. Das Joint Venture plant eine Gold- und Kupfer-Mine nahe des Watut-Flusses in der Morobe-Provinz, rund 65 Kilometer südwestlich von Lae. Nach Probebohrungen und Machbarkeitsstudien gehen die Verantwortlichen davon aus, in dem Gebiet im Untertagebau über einen Zeitraum von 28 Jahren insgesamt rund 26 Millionen Unzen Gold, 8,8 Millionen Tonnen Kupfer und 48 Millionen Unzen Silber gewinnen zu können.

Die Umweltstudien wurden bereits durchgeführt, Ergebnisse sollen Ende März 2018 vorgelegt werden. Verhandlungen mit den betroffenen Landeignern im Gebiet laufen bereits seit 2008. Bailie erklärte, sobald die Studien endgültig abgeschlossen seien und die Aufsichtsräte von Newcrest und Harmony zugestimmt hätten, könne man weitere Anlagen bauen und den Minenbetrieb zügig aufnehmen. Die Regierung von PNG stünde der geplanten Mine positiv gegenüber, ergänzte der geschäftsführende Direktor Bailie. (Ramu Nickel 27.12.07, <http://www.newcrest.com.au/our-business/advanced-projects/wafi-golpu-png/>, <https://www.wafigolpujv.com/publications/>,

<https://static1.squarespace.com/static/576cc5cb4402430e8c118af2t/5a1fb9a7085229745efddc16/1512028693318/WGJV-Presentation-2017.pdf>

Neue App für Goldschürfer

Im Rahmen der Konferenz über Kleinbergbauprojekte (*Alluvial and Small Scale Mining Convention 2018*) in Alotau (Milne Bay) ist eine neue Applikation (App) für mobile Endgeräte vorgestellt worden. Die MinTrad-App bringt Käufer und Verkäufer zusammen.

Familien, die in Eigenverantwortung in Flüssen nach Schwemmgold (alluvial gold) schürfen, können in die App ihre Funde eintragen und sich von Käufern kontaktieren lassen. Über die App können Käufer und Verkäufer in Verkaufsverhandlungen treten. Dabei berücksichtigt die App die tatsächlichen Weltmarktpreise für Gold, so dass die Verkäufer gerechtere Preise für ihre Goldfunde fordern können. Vor allem für Kleinbetriebe von Goldschürfern im infrastrukturell wenig erschlossenem Hinterland und im Hochland von Papua-Neuguinea ist es ein großer Vorteil, wenn sie bereits von „zu Hause“ aus mit potentiellen Goldankäufern in Kontakt treten können.

Bisher läuft die App nur als Beta-Version auf einigen Mobiltelefonen. Sie soll zunächst von ausgewählten Personen ausgiebig getestet und eventuell technisch weiterentwickelt werden, bevor sie offiziell eingeführt wird.

In Auftrag gegeben hatte die App die *Mineral Resources Authority*. (*The National* 26.02.18)

Erste Pilotin im Düsenflugzeug

Pilotin Beverly Pakii hat als erste Frau in Papua-Neuguinea die Berechtigung zum Führen eines großen Düsenflugzeugs erhalten. Flugkapitänin Pakii ist bei der staatlichen Fluggesellschaft *Air Niugini* angestellt. Ab sofort darf sie nicht nur inländische Flüge in

Flugzeugen der Typen Fokker 70 und Fokker 100 leiten, sondern auch auf internationalen Flugrouten der *Air Niugini* eingesetzt werden. Ihren „Jungfernflug“ in der großen Düsenmaschine leitete Pakii Anfang Januar von Port Moresby nach Lae.

Pakii war bereits 2004 als erste Frau in das Piloten-Ausbildungsprogramm der *Air Niugini* aufgenommen worden und hatte sich im Laufe der Jahre immer weiter qualifiziert. Beverly Pakii folgt in die Fußstapfen ihres Vaters, dem pensionierten Flugkapitän Ted Pakii, der ab 1994 bei der *Air Niugini* angestellt war und die Flugberechtigung für eine Boeing 767 hatte. (*Wantok* 1.-7.02.18, Seite 11, <http://airniugini.com.pg/about-us/news/captain-beverly-pakii-attains-fokker-command/>)

Bald Direktflüge nach Majuro

Voraussichtlich noch im März werden Premierminister Peter O'Neill und Dr. Hilda Heine, die Präsidentin der Marshall-Inseln, den Vertrag über die Aufnahme der Flugverbindungen (*Air Service Agreement*) von Port Moresby nach Majuro (Marshall-Inseln) durch die staatliche neuguineische Fluggesellschaft *Air Niugini* unterzeichnen. Der Vorvertrag wurde bereits von Mitarbeitenden des neuguineischen Außenministeriums in Majuro vorgelegt und mit den Verantwortlichen dort besprochen.

Dr. Heine und O'Neill hatten bereits vor zwei Jahren über die Aufnahme einer direkten Flugverbindung zwischen beiden Staaten diskutiert. Große Vorteile verspricht ein Direktflug vor allem für einheimische Neuguineer: Wenn der sonst übliche Zwischenstopp bei Fernflügen in Australien, Guam oder Honolulu entfällt, brauchen diese kein Visum mehr für die Einreise auf die Marshall-Inseln. (*Marshall Islands Journal* 09.02.18, <https://corporate.southpacificislands.travel/png-marshall-islands-air-service-eyed/>)

BOUGAINVILLE

Moratorium zu Panguna

Die *Autonome Regierung von Bougainville* (ABG) hat ein zeitlich unbegrenztes Moratorium über die Verlängerung der Explorationslizenz des Bergbaukonzerns *Bougainville Copper Limited* (BCL) sowie über die Wieder-Aufnahme des Minenbetriebes in der im Mai 1989 stillgelegten Panguna-Mine verhängt.

Aus dem ABG verlautete, man habe BCL keine Verlängerung der Lizenz angeboten, weil man politische Aufstände zwischen Landeignern sowie zwischen den Befürwortern und den Gegnern einer Wiedereröffnung der umkämpften Gold- und Kupfer-Mine fürchte. Das ABG hält 34,6 % der Anteile an *Bougainville Copper*. Diese hat angekündigt, vor Gericht auf Aufhebung des Moratoriums zu klagen.

Nach Aussage des ABG-Präsidenten John Momis soll die Panguna-Mine auf jeden Fall bis nach dem Referendum geschlossen bleiben. Die Abstimmung über die politische Zukunft der Insel findet am 15. Juni 2019 statt.

(*Reuters* 26.12.17, *The Guardian* 10.01.18, *Radio NZ Intern.* 16.02.18, *PNG Industry News* 12.02.18)

Vier Lizenzen erteilt

Die Behörde *Bougainville Mineral and Energy Resources* hat insgesamt vier Explorationslizenzen an Bergbauunternehmen aus Australien (Kalia Resources), Kanada und den Philippinen (SR Metals) erteilt. Die Explorationsgebiete befinden sich in der Gegend um Tore in Nord-Bougainville sowie in der Gegend um Isina in Central Bougainville.

Ein Sprecher der Behörde erklärte, über die stillgelegte Panguna-Mine und eine erneute Explorationslizenz in diesem Gebiet habe man nicht verhandelt. Zunächst müsse Einigkeit zwischen allen Beteiligten bestehen, bevor die Regierung eine Entscheidung darüber treffen

könne, was mit der Kupfer-Mine geschehen solle. (*Post-Courier* 18.02.18)

Neues Schiff für Südinself

Ende letzten Jahres wurde das Transport- und Versorgungsschiff „MV Samita Hipon“ im Distrikt South Bougainville feierlich in Dienst gestellt. Der Parlamentarier für diesen Bezirk, Timothy Masiu, hatte das Schiff von der Firma TG Holdings Ltd. auf der Insel Manus abgekauft. Inhaber dieser Firma ist die Familie Tasion. Zur Erinnerung an den Kauf (Kaufsumme: 1 Million Kina) und die Vorbesitzer des soliden Motorschiffes wurde das Schiff nach der einzigen Tochter der Familie Tasion benannt.

Parlamentarier Masiu erklärte, Zweck des Schiffes sei neben dem Transport von cash crops vor allem der Einsatz als Ambulanzschiff für Kranke und Verletzte, die auf See schneller in das Krankenhaus gebracht werden können als über Land.

Der Ankauf des Schiffes für den Distrikt Süd-Bougainville geschah im Rahmen einer Initiative des *Autonomous Government of Bougainville* (AGB) zur infrastrukturellen Entwicklung des Südteils der Insel Bougainville. (*Post-Courier* 19.12.17)

SALOMONEN

Öffentliche Unternehmen legen Finanzen offen

Als erster Staat in Melanesien haben die Salomonen die Finanzen ihrer neun staatseigenen Unternehmen öffentlich gemacht. Die Umsätze sowie alle Kernzahlen der öffentlichen Unternehmen stehen ab sofort auf folgender Internetseite:

<http://www.pacificsoedata.org/solomon-islands>

Hier können sich Besucher auch über das Management in den Unternehmen, das Personal sowie über entsprechende Investitionsentscheidungen der Unternehmen informieren.

Die Webseite wurde mit Unterstützung der *Pacific Private Sector Development Initiative* (PSDI) der *Asian Development Bank* erstellt. Sie ist ein Baustein der Regierung der Salomonen auf dem Weg hin zu Rechtschaffenheit und Transparenz und weg von Korruption und Nepotismus.

Die Länderverantwortliche der PSDI für den Pazifik, Emma Fan, begrüßte das neue Internetportal und lobte die wirtschaftliche Entwicklung der Salomonen in den letzten Jahren. Im Ländervergleich mit pazifischen Inselstaaten gehören die neun staatseigenen Unternehmen der Salomonen im Wert von 230 Millionen Dollar zu den profitabelsten Betrieben in Ozeanien. Seit 2009 konnten die Salomonen die Eigenkapitalrentabilität der Unternehmen um rund 10 % steigern. (*PNG Today* 02.02.18)

Mehr Frauen in Führungspositionen

16 salomonische Unternehmen mit mehr als 6.000 Angestellten haben sich verpflichtet, mehr Frauen in Führungspositionen einzusetzen. Gemeinsam unterzeichneten sie auf Initiative der Industrie- und Handelskammer und der *International Finance Corporation* (Schwesterorganisation der Weltbank) eine Selbstverpflichtung, die *Waka Mere Commitment to Action*. Damit verpflichten sich die Unternehmen, eine Arbeitsatmosphäre zu schaffen, die von Respekt und Unterstützung geprägt ist. Frauen sollen ermutigt werden, aus traditionellen Geschlechterrollen ausubrechen und „typische“ Männerberufe zu ergreifen.

In 12 der 16 Unternehmen werden zudem Angestellte in Bezug auf Vermeidung von Mobbing und sexuellen Übergriffen auf Frauen geschult.

Bis dato arbeiten nur 9 % der Frauen auf den Salomonen in bezahlten Jobs (zum Vergleich: 23 % Männer). Mit einem staatlichen Stipendienprogramm sollen Frauen jetzt ermutigt werden, sich um Führungspositionen zu bewerben.

(*Pacific Beat* 28.02.18, <http://www.solomonfreshbeat.com.sb/pm-impressed-with-waka-mere-agenda-to-empower-women/>)

Neue Umweltschutz-NGO

Auf der Insel Malaita hat sich im Februar eine Umweltschutzorganisation gegründet, die sich um die nachhaltige Bewirtschaftung der tropischen Regenwälder in den Provinzen Are Are und Kwaio kümmern will. Die *Ma'asina Greenbelt Initiative* wurde u.a. von dem australischen Umweltschützer und Doktoranden der James Cook University, Edgar Pollard, gegründet, der zur Abholzungsproblematik forscht und von Landeignern angesprochen wurde, wie die Wälder besser bewirtschaftet und vor illegaler Rodung geschützt werden können.

Die bisher rund 30 Mitglieder der Initiative wollen nach Möglichkeiten suchen, den Wald zu schützen und trotzdem etwas Kapital aus dieser einzigartigen Ressource zu schlagen. Bisher kümmert sich die Umweltschutzgruppe um zwei Hektar Wald, möchte das Gebiet aber bis auf 20 Hektar ausweiten.

Info: Malaita ist 4.307 km² groß. Auf der Insel leben 140.000 Menschen, die meisten in der Stadt Auki an der Nordwestküste. Der höchste Berg ist der Mount Kalourat mit 1.435 m. Im Bergland im Landesinneren gibt es primären tropischen Regenwald, u.a. wachsen dort große Bestände an Bambus sowie Banyam-Bäumen. (*Radio NZ Intern.* 20.02.18, <http://www.changemag-diiinsider.com/blog/the-ma-asina-green-belt-initiative-saving-one-of-the-last-virgin-forests-in-Wikipedia>)

Neuer belgischer Botschafter

Der neue belgische Botschafter für die Salomonen, Marc Mullie, hat seine Akkreditierung bei Generalgouverneur Sir Frank Ofagioro Kabui eingereicht. Bei der feierlichen Zeremonie im Regierungssitz in der Hauptstadt Honiara betonte Mullie die langjährigen freundschaftlichen Beziehungen zwi-

schen Belgien und den Salomonen. Beide Länder hatten bereits 1978 diplomatische Beziehungen aufgenommen. Diese hätten sich noch einmal verbessert, nachdem die Salomonen eine Botschaft in Brüssel eröffnet hätten und es auch eine belgische Botschaft in Honiara gebe.

Botschafter Mullie ging in seiner Antrittsrede auch auf das belgische Engagement auf den Salomonen ein. Etliche belgische Firmen engagierten sich in der Nahrungsmittelindustrie, im Sanitärbereich sowie bei „grünen“ Technologien. Vor allem der Kakao aus den Salomonen würde in Belgien geschätzt, sagte der neue Botschafter augenzwinkernd.

Besonders hob er die multinationale Zusammenarbeit zwischen Belgien, den Salomonen und den Marshall-Inseln hervor. Alle drei Staaten bilden eine Koalition im Rahmen der *International Maritime Organisation*. Gemeinsam setzt man sich für die Reduzierung von Kohlendioxidemissionen durch den pazifikweiten Schiffsverkehr ein. (*Solomon Star* 22.02.18)

FIDSCHI

[Alle Artikel von Oliver Hasenkamp, Vorstandsvorsitzender des Pazifik-Netzwerks, Berlin.]

Zyklon „Gita“ trifft auf Ono-i-Lau und Vatoa

Auf seiner Tour der Verwüstung durch den Pazifik hat Zyklon „Gita“ neben Samoa, Tonga und Neuseeland auch Teile von Fidschi getroffen. Besonders betroffen waren die südlichsten Inseln Ono-i-Lau und Vatoa. Mit Windgeschwindigkeiten von 275 km/h zerstörte der Sturm hier mehrere Häuser und schnitt die Bewohner der Inseln kurzzeitig von der Kommunikation mit der Außenwelt ab. Die stärker besiedelten und größeren Inseln Fidschis waren hingegen kaum von „Gita“ betroffen. Das *National Disaster Management Office* in Fidschi zog mit Blick auf die Zerstörungen in Samoa und Tonga eine

vergleichsweise „positive“ Bilanz für Fidschi: Es sei kaum wichtige Infrastruktur getroffen worden und die Schäden konnten schnell beseitigt werden. Zwar seien zahlreiche Häuser auf den Inseln beschädigt worden, es gebe jedoch keine Verletzten und lediglich vier Häuser seien vollständig zerstört worden.

Neben der fidschianischen Regierung leistete auch das Rote Kreuz Nothilfe vor Ort. Die *Fiji Red Cross Society* teilte mit, man habe insgesamt 93 Haushalte mit knapp 400 Personen unterstützt und Güter für die Versorgung der betroffenen Bevölkerung in Höhe von 78.000 Fidschi-Dollar bereitgestellt. Darunter befanden sich insbesondere Materialien für die Reparatur beschädigter Wohngebäude, Kleidung, Decken und Hygieneartikel. Auch das Rote Kreuz schätzte die Schäden nach einer Untersuchung vor Ort als geringer als zunächst befürchtet ein und lobte insbesondere, dass die Bevölkerung gut auf den Zyklon vorbereitet gewesen wäre und sich in Evakuierungszentren auf der Insel in Sicherheit gebracht hätte. Die Schäden des Sturms seien nicht mit denen von Zyklon *Winston* vor zwei Jahren vergleichbar, der über 40 Todesopfer gefordert hatte und auf zahlreichen fidschianischen Inseln Gebäude und Infrastruktur zerstört hatte, die teilweise bis heute noch wiederaufgebaut werden müssen. (*ABC* 14.02.18, *Sydney Morning Herald* 14.02.18, *Fiji Sun* 18.02.18, 26.02.18)

Gewerkschaftsführer nach Androhung von Streik vorübergehend verhaftet

Der bekannte fidschianische Gewerkschaftsführer Felix Anthony ist Ende Januar für 10 Tage vorübergehend festgenommen worden, nachdem er bei einer Demonstration in Nadi mit einem landesweiten Streik gedroht hatte. Mit der Demonstration, an der über 900 Menschen teilgenommen haben, drückte der fidschianische Gewerkschaftsverband seine Unterstützung für streikende Angestellte des internationalen Flughafens in Nadi aus, die in einer Auseinanderset-

zung mit ihrem Arbeitgeber *Air Terminal Services* ausgeschlossen worden waren, ihre Jobs nach einer gerichtlich angeordneten Mediation aber behalten konnten.

Die Polizei warf Anthony aufgrund seiner Kommentare eine Sabotage der fidschianischen Wirtschaft vor. Mittlerweile hat der Leiter der fidschianischen Anklagebehörde, Christopher Pryde, die Vorwürfe gegen Anthony fallen gelassen und klargestellt, dass die Aussagen von Anthony keinerlei Gesetzesverstoß darstellten. Eine bereits länger angekündigte Großdemonstration des Gewerkschaftsverbands in Suva musste jedoch abgesagt werden, da diese mit Verweis auf die laufenden Ermittlungen gegen Anthony keine Zulassung erhalten hatte. Wie der Verband ankündigte, plane man nun einen neuen Anlauf für eine große Demonstration in der Hauptstadt nach Ostern im April 2018. Allerdings bezweifle man, dass die Demonstration diesmal zugelassen werde.

Felix Anthony ist seit 2006 der Generalsekretär des Dachverbands der fidschianischen Gewerkschaften. Zuvor gehörte er jahrelang der *Fiji Labour Party* (FLP) an. Nach dem Bruch mit dem früheren FLP-Premierminister Mahendra Chaudhry wurde er nach der militärischen Machtübernahme durch den heutigen Premierminister Voreqe Bainimarama im Jahr 2006 von der Übergangsregierung in mehrere nationale Gremien und Aufsichtsräte berufen. Vor den Parlamentswahlen im Jahr 2014 brach er jedoch auch mit Bainimarama und gründete die *Peoples' Democratic Party* (PDP), welche jedoch den Einzug ins Parlament verpasste. (*Radio New Zealand International* 24.01.18, 23.02.18, 26.02.18)

Querelen überschatten Wahlvorbereitungen bei Oppositionspartei SODELPA

Im Herbst finden in Fidschi die nächsten regulären Parlamentswahlen statt. Nach den Wahlen im Jahr 2014, die mit einem deutlichen Sieg der Regierungspartei *Fiji*

First (32 Parlamentssitze) unter Premierminister Voreqe Bainimarama endeten, handelt es sich um die zweiten demokratischen Wahlen nach der militärischen Machtübernahme durch Bainimarama im Jahr 2006. Neben der Regierungspartei hatten es 2014 mit der *Social Democratic Liberal Party* (SODELPA) (15 Sitze) und der *National Federation Party* (NFP) (3 Sitze) zwei Oppositionsparteien ins Parlament geschafft. Mittlerweile beginnen die Parteien damit, sich auf die anstehenden Wahlen vorzubereiten und über ihre Kandidatinnen und Kandidaten in den unterschiedlichen Wahlbezirken zu diskutieren. Experten rechnen mit einem erneuten Sieg von Bainimaramas *Fiji First*-Partei, schließen jedoch nicht aus, dass SODELPA zur Regierungspartei aufschließen könnte. Die größte Oppositionspartei gilt als ein Sammelbecken gemäßigter oppositioneller Kräfte als auch indigener Hardliner, die unter anderem die Einführung des Christentums als Staatsreligion fordern – ein klarer Affront gegen die indisch-stämmige und zumeist hinduistische oder muslimische Bevölkerungsguppe Fidschis.

Die Wahlvorbereitungen von SODELPA werden jedoch durch weiterhin anhaltende interne Auseinandersetzungen überschattet. Dabei sorgt erneut die Rolle der derzeitigen Oppositionsführerin Ro Teimumu Kepa für Kontroversen. Kepa war bis 2016 auch SODELPA-Vorsitzende, wurde nach internen Streitigkeiten allerdings von Sitiveni Rabuka abgelöst, welcher für zwei Militärputsche im Jahr 1986 verantwortlich ist und später als Premierminister des Landes diente. Bislang ist weiterhin unklar, ob Kepa bei den anstehenden Wahlen erneut für die SODELPA antreten wird. Wie der Parteivorsitzende Rabuka mitteilte, habe Kepa bis Ende Februar noch nicht offiziell ihre Bewerbung für eine Kandidatur angekündigt. Er deutete sogar an, sie könne möglicherweise für eine andere Partei antreten. In einem Interview sagte er außerdem, Kepa könne nur dann antreten, wenn die Basis der Partei ihr ihre Fehler im Amt verzeihe. Kepa hingegen kündigte an, sie wolle in jedem Fall für

SODELPA kandidieren.

Darüber hinaus sorgt eine Abmachung mit der *Peoples' Democratic Party* (PDP), die bei der letzten Parlamentswahl an der 5%-Hürde scheiterte, für internen Streit. SODELPA und PDP haben im Dezember 2017 für die anstehenden Wahlen ein sogenanntes *Memorandum of Understanding* (MOU) geschlossen, um ihre Zusammenarbeit zu besiegeln. Dabei handelt es sich zwar nicht um einen formalen Zusammenschluss der Parteien, aber um eine Abmachung, welche es PDP-Mitgliedern erlaubt, bei den Parlamentswahlen für SODELPA anzutreten. In Folge der Abmachung wechselten zahlreiche PDP-Mitglieder zu SODELPA und sind zwei hochrangige frühere PDP-Politiker zu stellvertretenden SODELPA-Vorsitzenden gewählt worden, um das Bündnis zu festigen.

Wie nun bekannt wurde, besaß der frühere PDP-Vorsitzende Vijay Singh zum Zeitpunkt seiner Wahl zum stellvertretenden SODELPA-Vorsitzenden jedoch gar keine SODELPA-Partei-mitgliedschaft und wurde seine Wahl im Januar nachträglich für ungültig erklärt. Der Parteivorsitzende Rabuka musste auch zugeben, dass ihm keine gesicherten Informationen dazu vorliegen, ob der andere stellvertretende SODELPA-Vorsitzende aus Reihen der PDP, Ro Donna, zum Zeitpunkt seiner Wahl bereits Parteimitglied gewesen war. Zur Aufarbeitung der Vorfälle haben mehrere hochrangige Parteimitglieder einen Sonderparteitag gefordert. (*Fiji Times* 9.12.17, 29.12.17, *Fiji Sun* 29.12.17, 23.1.18, 23.2.18, 26.2.18, *Wikipedia*)

Treffen der Commonwealth-Bildungsminister

Ende Februar hat in Fidschi die diesjährige Commonwealth-Bildungsministerkonferenz stattgefunden. An der Konferenz unter dem Titel "Sustainability and Resilience: Can Education Deliver" in Nadi haben Vertreter der 53 Commonwealth-Staaten – überwiegend frühere britische Kolonien –, darunter auch aus benachbarten pazifi-

schen Inselstaaten, teilgenommen. Im Zentrum der Konferenz, die von Fidschis „Super-Minister“ Aiyaz Sayed-Khaiyum geleitet wurde, der neben zahlreichen anderen Arbeitsfeldern wie Justiz und Verwaltung auch für Bildung zuständig ist, stand die Bedeutung, die eine gute Ausbildung für die Entwicklungschancen der Commonwealth-Staaten besitzt. In diesem Zusammenhang lobten Commonwealth-Vertreter und ausländische Staatsgäste auch die fidschianischen Bemühungen im Bildungsbereich, insbesondere von der Regierung eingeleitete Schritte, um Schulbildung weitgehend kostenlos anzubieten.

Im Anschluss an die Konferenz verabschiedeten die Commonwealth-Minister eine *Erklärung von Nadi (Nadi Declaration)*, die vor allem Schritte zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit beinhaltet. Minister aus zahlreichen Ländern wie Indien verbanden den Konferenzbesuch außerdem mit Reisen auf verschiedene Inseln Fidschis, wo sie Schulen besuchten und sich über das fidschianische Schulsystem informierten. Im besonderen Fokus standen dabei die noch andauernden Bemühungen zum Wiederaufbau von Schulgebäuden, die durch Zyklon „Winston“ vor zwei Jahren zerstört worden waren.

Parallel zur Bildungsministerkonferenz fand auch das diesjährige *Commonwealth Youth Forum* an der *University of Fiji* in Suva statt.

Die Bildungsministerkonferenz war die erste hochrangige Commonwealth-Konferenz, die im Pazifik stattgefunden hat. Neben Regierungsvertretern nahmen auch andere hochrangige Gäste wie die frühere neuseeländische Premierministerin und ehemalige Exekutivdirektorin des UN-Entwicklungsprogramms, Helen Clark, an der Konferenz teil.

(*Fiji Sun* 24.2.18, 26.2.18, *Radio New Zealand International* 23.2.18, *Fiji Times* 28.2.18)

VANUATU

Unterstützung durch Klimafonds

Das Klimawandel-Ministerium (Ministry of Climate Change) erhält 28 Millionen US-Dollar aus dem *Green Climate Fund*, um damit Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels zu finanzieren. Die Gelder sollen in den nächsten fünf Jahren verwendet werden, u.a. zum Bau von Dämmen, zur Verbesserung der Landwirtschaft und zur Bekämpfung von Krankheiten, die durch Klimaänderungen verstärkt werden.

Info: Der Green Climate Fund ist ein Klimafonds der ICP (Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen). Der Fonds wurde unter dem Stichwort „Loss and Damage“ gegründet mit dem Ziel der Klimafinanzierung, d.h. es sollen mit Hilfe des Fonds Gelder für Projekte sowohl zur Minderung von Treibhausgasemissionen als auch zur Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern bereitgestellt werden.

(*Vanuatu Daily Post* 22.02.18, *Wikipedia*)

Zwei Frauen im Außenministerium

Vanuatus Außenminister Ralph Regenvanu hat Anfang März zwei Frauen zu seinen persönlichen Beraterinnen und Assistentinnen ernannt: Anthea Arukole wurde zur *First Political Adviser* berufen, Jeanette Yiu-Hing Faerua zur *Second Political Adviser*. Die beiden Frauen sind die einzigen Frauen in der jetzigen Regierung. Erstmals in der Geschichte des unabhängigen Vanuatu wurden auch beide wichtigen außenpolitischen Ämter mit Frauen besetzt, wie der seit Dezember 2017 amtierende Minister Regenvanu stolz erklärte.

Beide Frauen sind Mitglied der Partei *Graon mo Jastis Pati* (GJP). (*Vanuatu Daily Post* 08.03.18)

Konferenz zur Mobilität auf dem Arbeitsmarkt

Erstmals hat im Konferenzzentrum von Port Vila vom 8. bis zum 9. März eine zweitägige Konferenz zur Mobilität von Arbeitnehmern in Ozeanien stattgefunden. Mit rund 500 Vertretern von staatlichen und nicht-staatlichen Arbeitgebern, Mitarbeitenden von Nichtregierungsorganisationen sowie Vertretern der Arbeitgeberverbände aus Australien und Neuseeland war der „First Labour Mobility Summit“ gut besucht.

Saisonarbeitskräfte aus Vanuatu sind in Neuseeland und Australien gern gesehene Hilfskräfte im Rahmen regionaler Arbeitsüberlassungsverträge (*Recognized Seasonal Employers Scheme*). Unter anderem ging es bei der Konferenz auch um die Gefahren des „brain drain“, also der Arbeitsmigration hochqualifizierter Einheimischer ins Ausland. (*Loop Pacific, The Vanuatu Independent* 07.03.18)

KANAKY

Wozu ist die Universität Neukaledoniens gut?

Zum 30. Geburtstag vermeldet die *Université de la Nouvelle-Calédonie* (UNC) gute Neuigkeiten: „*Wunderbar! Es wird einen Campus in der Nordprovinz des Landes geben! Nun bieten wir auch Japanisch im Studiengang Angewandte Fremdsprachen an. Schön, wir haben erneut mehr als 3.000 Studierende.*“

Ungewisse Zukunftsfragen werden an dem Geburtstag ausgeklammert: a) Erfüllt die Universität eigentlich ihre wichtigste Aufgabe, die darin besteht, Studierenden einen Studienabschluss zu ermöglichen und sie ins Berufsleben zu integrieren? b) Soll die Verwaltung der Universität, wie im Vertrag von Nouméa (1998) vereinbart, an Neukaledonien übergeben werden?

Die Universität sollte dazu beitragen, eine neukaledonische intellektuelle Elite auszubilden, die bisher

fehlt. Doch der akademische Erfolg ist katastrophal. Im Jahr 2015 lag die Erfolgsquote in der *Licence*, einem mit dem Bachelor vergleichbaren Studienabschluss, bei 13 %. Damit belegte die *Université de la Nouvelle-Calédonie* (UNC) unter allen französischen Universitäten Platz 72 (von insgesamt 75). Es erscheint fraglich, die Probleme nur bei den Studierenden zu suchen. Auch die Lehrenden und die Universitätsverwaltung müssten sich selbst hinterfragen. Dies belegen Zahlen der Berufsschulen in Neukaledonien, die SchülerInnen nach Abschluss ihres Abiturs besuchen. Hier liegt die Erfolgsquote der knapp 2.400 Studierenden wesentlich höher.

Als Begründung für die ungenügende Erfolgsquote darf nicht nur eine mangelnde Motivation der Studierenden an der UNC herhalten. Es müssten auch das pädagogische Modell, die Qualität der Lehrenden, die Einstellungspolitik der Universität und das Governance-Modell analysiert und hinterfragt werden.

Die zweite Frage betrifft den Status der *Université de la Nouvelle-Calédonie*. Im Angesicht eines möglichen Transfers unter neukaledonische Verwaltung ist die UNC aus den Statistiken des französischen Bildungsministeriums verschwunden, im Gegensatz zur Universität Französisch-Polynesiens. In den vergangenen Jahren hat die UNC massive finanzielle Unterstützung vom französischen Staat für den Bau neuer Seminarräume bekommen. Der Unterhalt der Universität ist sehr teuer. Der französische Staatsrat hat daran erinnert, dass die UNC im Falle eines Transfers keine öffentliche Bildungseinrichtung mehr ist und damit nicht mehr den Status einer Universität hätte. Neukaledonien müsste folglich sein eigenes universitäres Ausbildungs- und Forschungssystem gründen oder mit einer französischen Universität zusammenarbeiten bzw. fusionieren.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage einer „Caledonisierung“ der Universitätsstellen. Seit nun mehr 30 Jahren gibt es

Neukaledonier, die ihren Doktor gemacht haben (in den ersten Jahren vor allem in Frankreich). Doch nur wenige von ihnen wurden an der UNC eingestellt. Die UNC hat in der Vergangenheit sehr oft Forscher und Professoren aus dem französischen Mutterland bevorzugt.

Die *Université de la Nouvelle-Calédonie* steht daher – trotz der letzten „Erfolgsmeldungen“ – vor richtungweisenden Entscheidungen. (Quelle: Franck Thériaux, *Caledosphere* <https://caledosphere.com>, 07.02.18. Übersetzung und Ergänzungen: Dr. Matthias Kowasch, Karl-Franzens-Universität Graz / Pazifik Netzwerk)

MIKRONESIEN

Zertifizierter Thunfisch in China erhältlich

PNA-Mitgliedsländer: Der im nordwestlichen Pazifik gefangene und verarbeitete Thunfisch der britischen Firma John West ist ab sofort auch in China erhältlich. Der Thunfisch wird in den Mitgliedsländern der *Parties to the Nauru Agreement* (PNA) ohne Ringwaden mit Fischkonzentrationsvorrichtungen (*Fish Aggregation Devices*, FADs) gefangen. FADs sind künstliche Objekte (z.B. Bambusflöße mit Netzmaterial), die für die Fischerei auf Thunfisch ausgebracht werden und an der Oberfläche oder in einer bestimmten Wassertiefe schwimmen. Durch den Verzicht auf die FAD-Technik trägt der in den Gewässern von Mikronesien, Kiribati, den Marshall-Inseln, Nauru, Palau, Papua-Neuguinea, den Salomonen und Tuvalu (= Mitgliedsländer der PNA) gefangene Thunfisch das Siegel „Marine Stewardship Council“, das einen Nachweis über nachhaltige Fischfangmethoden bietet.

Die PNA vertreibt den zertifizierten Thunfisch über seine eigene Firma „Pacifical“. Diese gab nun an, der britische Nahrungsmittelkonzern John West werde ab sofort seine MSC-ausgezeichneten Produkte auch in China anbieten. Damit erweitert sich der Kreis der PNA-

Thunfisch-importierenden Länder auf Australien, Neuseeland, Singapur, Taiwan, Hongkong und China. (*Marshall Islands Journal* 22.12.17, <http://johnwest.com.au/our-range/tuna>)

Präsidenten-Gipfel

Majuro: Erstmals nahmen am ein-tägigen Gipfeltreffen der Präsidenten der mikronesischen Staaten Marshall-Inseln, Föderierte Staaten von Mikronesien (FSM) und Palau auch die Präsidenten von Nauru und Kiribati teil. Zu dem 18ten *Micronesian President's Summit* in Majuro (Marshall-Inseln) trafen sich im Konferenzzentrum des *Marshall Islands Resort* unter dem Motto „Strength in Unity“ Präsidentin Dr. Hilda Heine (Marshall-Inseln), Tommy Remengesau Jr. (Palau), Peter Christian (FSM), Baron Waqa (Nauru) und Taneti Maamau (Kiribati).

Präsidentin Dr. Heine erklärte, mit der Teilnahme der Präsidenten aus Nauru und Kiribati sei die „*Stimme Mikronesiens*“ jetzt komplett. Präsident Remegeasau aus Palau rief seine KollegInnen dazu auf, ihre Staaten nicht als „Kleininselstaaten“ (*small islands states*) zu begreifen, sondern vielmehr als „große Ozean-Staaten“ (*large Ocean states*). Nur wenige Staaten auf der Welt könnten es im Hinblick auf die Größe mit Pazifikstaaten wie etwa Kiribati aufnehmen. Unter dem Gesichtspunkt der Flächengröße könnten die Pazifikstaaten auch in der „großen Welt“ (*bigger world*) gut bestehen, meinte der Präsident. (*Marshall Islands Journal* 02.03.18, <http://www.fsmpio.fm/>)

† Leo Falcam

FSM: Am 12. Februar starb in Pohnpei (Föderierte Staaten von Mikronesien, FSM) der Politiker Leo Falcam im Alter von 82 Jahren. Falcam wurde am 20. November 1935 in Awak auf Pohnpei geboren. Er studierte Verwaltungswissenschaften an der Universität in Hawai'i und machte dort 1962 sein Examen. Von 1979 bis 1983 war er der erste Gouverneur von

Pohnpei. Von 1997 bis 1999 war er Vizepräsident der Föderierten Staaten und von 1999 bis 2003 diente er als fünfter Präsident der FSM.

Der amtierende Präsident Peter Christian lobte den Verstorbenen als einen der Gründerväter des regionalen Staatenbündnisses der Inseln Chuuk, Pohnpei, Kosrae und Yap und hob vor allem dessen Verdienste um die Ausarbeitung der ersten FSM-Verfassung hervor. (*Marshall Islands Journal* 16.02.18, *Marianas Variety* 27.02.18)

Hafen-Ausbau

Nauru: Mit 21,3 Millionen US-Dollar unterstützt die Asiatische Entwicklungshilfebank (*Asian Development Bank*, ADB) den Ausbau der Bootsanlegestelle in Aiwo zu einem nach international gültigen Kriterien zertifiziertem Hafen. Weitere Gelder für den 79,59 Millionen US-Dollar teuren Ausbau kommen aus dem Green Climate Fund (26,91 Mio. \$), von der australischen Regierung (14,08 Mio. \$) und von der Regierung von Nauru selbst (17,3 Mio. \$).

Der Ausbau ist Teil einer ganzen Reihe von Projekten (*Nauru Sustainable and Climate Resilient Connectivity Projects*) zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels.

Die eher provisorische Bootsanlegestelle in Aiwo im Westen der Insel besteht bereits seit 110 Jahren, wie ein Sprecher der Hafenmeisterei (Port Authority of Nauru) bekannt gab. Sie ist extrem anfällig für Überflutungen und musste bis dato wegen ständiger Schäden durch eindringendes Salzwasser alle fünf Jahre saniert werden. Der neue Hafen soll mehr Arbeitsplätze schaffen und die Liegezeit von Transportschiffen stark verkürzen. Die eingesparten Kosten durch diese Verkürzung kämen der Bevölkerung zugute, da die importierten Waren dadurch günstiger wurden, erläuterte die Hafenbehörde. (*Marshall Islands Journal* 02.02.18, <https://www.adb.org/projects/48480-003/main>, Wikipedia)

MARSHALL-INSELN

Überwachung der Radioaktivität

Die Umweltschutzbehörde der Marshall-Inseln (*Environmental Protection Authority*, EPA) auf Majuro hat Ende letzten Jahres Mitarbeitende im Umgang mit radioaktiven Messungen in der Umwelt geschult. Dafür waren eigens zwei Experten der *Atomic Energy Agency* aus den USA eingeflogen worden. An der zweiwöchigen Fortbildung zu Wasser und an Land nahmen neun Mitarbeitende diverser Umweltschutzorganisationen ein. Sie lernten die Entnahme von Proben aus dem Meer, aus Flüssen und an Land, u.a. wurden Kokosnüsse und Ackerland auf radioaktive Strahlung hin untersucht. Ziel der Ausbildung war die Qualifizierung einheimischer Fachkräfte zur Messung von Radioaktivität und zur Risikoeinschätzung.

(*Marshall Islands Journal* 19.01.18)

† Lemeyo Abon

Mit der 77-jährigen Lemeyo Abon ist am 19. Februar im Krankenhaus von Majuro eine der letzten Überlebenden des radioaktiven Fall-Outs von März 1954 gestorben. Abon lebte damals auf dem Atoll Rongelap, rund 160 Kilometer westlich des Bikini-Atolls. Am 1. März 1954 testeten die Amerikaner auf Bikini die Atombombe „Bravo“, die größte jemals getestete Wasserstoffbombe. Durch den Wind wurde radioaktiv kontaminierter Staub in fünfeinhalb Stunden auf das Rongelap-Atoll getragen. Er sandte β - und γ -Strahlung aus. Er soll nach Berichten von Augenzeuginnen ausgesehen haben wie Schnee oder Asche. Die 64 Bewohner der Inseln waren nicht gewarnt worden. Sie tranken das verseuchte Wasser aus den Zisternen, Kinder schmierten sich den radioaktiven Staub in die Haare und taten so, als sei es Seife oder der ihnen nur aus Erzählungen bekannte europäische „Schnee“. Die Bewohner von Rongelap pflegten ihre Haare mit Kokosöl zu behandeln, und so setzte sich der Staub

in den Haaren fest. Der Fallout fing sich auch in den Häusern aus Mattingewebe und verstrahlte die Kleinkinder.

Abon war eine engagierte und weltweit geachtete Kämpferin gegen Atomkraft. Die Lehrerin sei tief in der marshallesischen Kultur verwurzelt gewesen, sie sei trotz der gesundheitlichen Auswirkungen der Verstrahlung (sie hatte keine Schilddrüse mehr) eine lebenslustige Frau gewesen, erklärte der Bürgermeister von Rongelap, James Matayoshi.

Im Jahr 2012 war Abon nach Genf gereist, um dort an der Sitzung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen teilzunehmen. Sie konnte dabei nicht nur dem UN-Sonderberichterstatter zu den Atomtests auf den Marshall-Inseln, Calin Georgescu, zuhören, sondern hatte auch die Gelegenheit zu einem kurzen persönlichen Erlebnisbericht vor dem Menschenrechtsrat. Dabei beeindruckte sie vor allem mit deutlichen Worten darüber, was die Evakuierung der Atomtestopfer von ihren Heimataollen auf Nachbaratolle für seelische Auswirkungen gehabt habe. Ihre Evakuierung von Rongelap auf die ihr fremde Insel Majuro habe sie zeit ihres Lebens mehr beeinträchtigt als die gesundheitlichen Folgen des radioaktiven Fall-outs.

„We’re wanderers living in exile,“ Lemeyo says. „And living in exile is like a coconut floating in the sea.“ Lemeyo Abon hinterlässt neun Kinder, 40 Enkel und 39 Ur-Enkel.

Info: Mehr zu Lemeyo Abon in dem Buch: “[Longing for my home island](#)” von Hanyuda Yuki, mit Fotos von Shimada Kousei.

(*Marshall Islands Journal* 23.02.18, NDR „Südpazifik-Verstrahltes Paradies“, <https://mashable.com/2018/02/25/marshall-islands-climate-refugees/#vYaQU2NRVOqr>)

† Neal Skinner

Bereits im September letzten Jahres verstarb in den USA im Alter von 68 Jahren an einer Krebserkrankung Neal Skinner, Gründer der ersten Supermarktkette in Ma-

juro. Skinner war 1979 aus den USA auf die Marshall-Inseln gekommen und hatte als erster die Idee, als „mobiler Supermarkt“ die Dörfer anzufahren. Später verkaufte er importierte Waren von faltbaren Tischen aus an verschiedenen stark frequentierten Orten, bis er den ersten EZ Price Mart-Supermarkt gründete. Dieser ist inzwischen mit über 100 Angestellten der größte Supermarkt auf Majuro mit einem breiten Warenangebot und günstigen Preisen. Das Besondere dieses Einzelhandels-geschäftes: Es werden weder Alkohol noch Zigaretten und auch kein weißer Reis und keine Cola verkauft.

Skinner genoss in Majuro aufgrund seines sozialen Engagements vor allem für Kinder und Jugendliche sowie seine hohe Spendenbereitschaft großes Ansehen. Als begabter Musiker und Tontechniker unterstützte er seit Jahren die Musical- und Filmproduktionen von Jack Niedenthal.

(Facebook-Seite von EZ Price Mart, <https://www.linkedin.com/in/neal-skinner-03084874>, *Marshall Islands Journal* 08.09.17)

KIRIBATI

80 Tote bei Fährunglück

Bei einem schweren Schiffsunglück des mit Kobra und vermutlich mehr als 100 Menschen überladenen Holz-Katamarans „MV Butiraoi“ sind am 18. Januar 80 Menschen (darunter 23 Kinder) ertrunken. Das Boot war auf dem Weg von der Insel Nonouti (2.000 Einwohner) nach Tarawa, dem größten Atoll von Kiribati. An Bord des Schiffes befanden sich viele Kinder und Jugendliche, die auf dem Weg in ihre Schulen auf Tarawa zu Beginn des neuen Schul-Trimesters waren.

Das 17-Meter lange Schiff mit einem Katamaran-Rumpf aus Holz war erst kurz vor der Unglücksfahrt repariert worden, weil es schon zweimal auf Grund gelaufen war. Die Fähre war eigentlich eine reine Transportfähre zum Transport von Waren, sie hätte nur maximal 50 Passagiere an Bord nehmen kön-

nen. Sie war auf der rund zweitägigen Überfahrt nach Tarawa in rauer See zerbrochen. Einige Passagiere konnten sich in die zwei vorhandenen Rettungsboote flüchten, von denen jedoch eines unterging. Erst sechs Tage nach der offiziell erwarteten Ankunft starteten die Behörden eine Suchaktion. Eine Maschine der *New Zealand Air Force* überflog das entsprechende Gebiet und suchte nach Überlebenden. Sie entdeckten eines der Rettungsboote. Der Fischtrawler „Lomalo“ fischte in der Nähe und konnte die sieben Passagiere im Alter zwischen 14 und 34 Jahren lebend bergen. Einer der Überlebenden erzählte später, es hätten sich rund 20 Personen von außen an die Bordwand des Rettungsbootes geklammert. Sie seien nach und nach an Erschöpfung, Unterkühlung und Dehydrierung gestorben. Er selbst habe seinen dreijährigen Sohn und seine siebenjährige Tochter aufgrund des Wassermangels auf dem Rettungsboot in seinen Armen sterben sehen, so Temake loane. Bis zur Rettung nach knapp sieben Tagen auf offener See habe man ununterbrochen gebetet, sagte loane.

Die Ermittlungen der Behörden zur Ursache des Schiffsunglücks haben inzwischen ergeben, dass sowohl der Kapitän als auch die Besatzung beim Ablegen aus Nonouti sehr viel Alkohol konsumiert hatten. Das sagte der Minister für Transport und Schifffahrt, Ruoikabuti Tioon. Der Minister erklärte zudem, dem Kapitän müsse bewusst gewesen sein, dass das Schiff überladen war und nach zwei Grundberührungen in der Zeit vor dem Unfall auch in keinem guten Zustand. An dem Tag der Abreise hätten außerdem raue Wind- und Wellenverhältnisse geherrscht. (*Radio NZ Intern. 31.01.18, 02.03.18, <https://asiapacificreport.nz/2018/02/06/prayed-with-them-until-they-died-stories-of-kiribati-ferry-survival/>, Marshall Islands Journal 02.02.18*)

Abkommen mit Fidschi

Die Regierungen von Kiribati und Fidschi haben im Februar ein Partnerschaftsabkommen (Memoran-

dum of Understanding) unterzeichnet, demnach zukünftig zehn pensionierte fidschianische Lehrkräfte im Rahmen des „Fiji Volunteer Service Scheme“ in den Schulen von Kiribati unterrichten werden. Das Abkommen wurde im Außenministerium in Suva (Fidschi) unterschrieben von Ratu Tui Cavuailati, dem fidschianischen Botschafter für die pazifischen Inselstaaten und Territorien, sowie von Reteta Rimon, der Hochkommissarin aus Kiribati in Fidschi.

Die fidschianische Arbeitsministerin Salaseini Daunabuna begrüßte das Abkommen. Zukünftig könnten auch andere pazifische Staaten von fidschianischen pensionierten Fachleuten profitieren, versprach sie. (*Fiji One TV 20.02.18*)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Konflikt zwischen König und PM hält an

Tonga: Nachdem die Demokratische Partei des amtierenden Premierministers 'Akilisi Pōhiva bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im November eine absolute Mehrheit gewonnen hatte, hat sich der Machtkampf zwischen Pōhiva und König Tupou VI, der das Parlament in der Hoffnung, Pōhiva loszuwerden, vorzeitig aufgelöst hatte, weiter verschärft.

Zunächst zögerte sich die konstituierende Sitzung des neuen Parlaments wochenlang hinaus und trotz der überwältigenden Mehrheit für Pōhiva versuchten die dem König weitgehend treuen Adelsvertreter (neun von insgesamt 36 Abgeordneten) zusammen mit den drei unabhängigen Volksvertretern, eine Gegenkoalition aufzustellen. Pōhiva wurde wie erwartet mit deutlicher Mehrheit als Premierminister wiedergewählt, und der König musste ihn entsprechend der Verfassung in seinem Amt bestätigen. Doch die wahre Einstellung

des Monarchen zeigte sich, als er zum traditionellen Neujahrsempfang im Palast nur die Adelsvertreter im Parlament einlud und Pōhiva und die anderen Volksvertreter außen vorließ.

Pōhiva schlug zurück, indem er bei der Aufstellung seines Kabinetts das Verteidigungsressort für sich selbst beanspruchte. Da die tongaischen Streitkräfte formell dem Kommando des Königs unterstehen, sollte damit dem Monarchen die faktische Kontrolle über die Armee entzogen werden. Tupou VI weigerte sich, Pōhiva als Verteidigungsminister zu ernennen, und der Posten blieb wochenlang unbesetzt. Schließlich wurde ein Kompromiss gefunden und das Verteidigungsressort auf den Minister für Landrechte, Lord Ma'afu, den einzigen Adligen in Pōhiva's Kabinett, übertragen. Laut Verfassung muss das Landressort von einem Adligen geführt werden, und Ma'afu hatte sich bereits in der letzten Legislaturperiode dazu bereit erklärt, mit Pōhiva zusammenzuarbeiten. Als Adliger hat er aber auch verwandtschaftliche und andere traditionelle Beziehungen zur Königsfamilie, weshalb Tupou VI nun nicht mehr fürchten muss, dass das Militär gegen die Interessen der Krone eingesetzt werden könnte. (*Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor, Tonga. Quelle: Matangi Tonga, eigene Recherchen*)

Schwere Schäden durch Zyklon Gita

Tonga: Der tropische Wirbelsturm Gita, der in der Nacht vom 12. auf den 13. Februar mit Spitzengeschwindigkeit von 230 km/h über Tongas Hauptinsel Tongatapu fegte, hat schwere Verwüstungen angerichtet. Zwei Menschen kamen dabei ums Leben und mehr als 30 wurden verletzt. Die Sachschäden belaufen sich auf viele Millionen Euro, da mehr als hundert Häuser komplett zerstört und tausende schwer beschädigt wurden. Während der Königspalast und mehrere andere historische Gebäude den Sturm überstanden, wurde das aus dem späten 19. Jahrhundert stammende Parlamentsgebäude

dem Erdboden gleichgemacht. Auch die Infrastruktur erlitt große Schäden, da hunderte von Strommasten umknickten und viele weitere beschädigt wurden. Die meisten Haushalte blieben etwa zwei Wochen lang ohne Strom, und damit auch ohne fließendes Wasser, da es auf der flachen Koralleninsel keinen natürlichen Wasserdruck gibt und Wasser nur durch elektrische Pumpen zum Fließen gebracht werden kann. Während das Rote Kreuz für diejenigen Familien, deren Häuser komplett zerstört wurden, Zelte zur Verfügung stellte, und Australien, Neuseeland und China finanzielle und personelle Hilfe sandten, wird es noch Monate dauern, bis alle Schäden behoben sind und Tonga zur Normalität zurückkehren kann.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor, Tonga. Quelle: Matangi Tonga, eigenes Durchleben des Zyklons, eigene Recherchen)

Lokaler Whiskey gebraut

Samoa: Die samoanische *Scientific Research Organisation* (SRO) hat erstmals aus Taro-Knollen Whiskey destilliert. Die erste Flasche erhielten die Kabinetmitglieder zum Verkosten. Minister Lopao'o Natanielu Mu'a erklärte, die SRO forsche seit längerer Zeit zu möglichen gewinnbringenden Exportprodukten, die aus heimischen Nahrungsmitteln hergestellt werden könnten. Man habe bereits aus getrockneter Brotfrucht ein Mehl herstellen können, das überall in Samoa erhältlich sei. Als nächstes Projekt plane man die Herstellung von Chips aus getrockneten Taro-Früchten. (Loop Samoa 08.03.18)

Miss Pacific Islands gekrönt

US-Samoa: Matauaina Gwendolyn To'omalatai aus Onenoa (Amerikanisch-Samoa) ist seit Ende letzten Jahres die neue Schönheitskönigin Ozeaniens. Die Krankenschwester in Ausbildung am Kapi'olani Community College (Hawai'i) errang den Titel „Miss Pacific Islands“ beim Finale des 31.

Schönheitswettbewerbes im Prince Charles Park in Nadi (Fidschi) im Dezember 2017. Ausgerichtet hatte den Wettbewerb die Südpazifische Tourismusorganisation (*South Pacific Tourism Organization*) unter dem Motto „Climate Change Action to sustain our islands“. Die Wettbewerberinnen um den Titel mussten zu diesem Thema kurze Vorträge mit ihren eigenen Ideen und Erlebnissen rund um das Thema Klimawandel halten.

Für die SPTO soll To'omalatai in diesem Jahr an verschiedenen touristischen Veranstaltungen teilnehmen und dabei das Jahresthema der SPTO „Ours is Yours“ repräsentieren. Ihren ersten offiziellen Auftritt hat die neue Schönheitskönigin vom 11. bis zum 13. April im australischen Adelaide bei der Messe *South Pacific Tourism Exchange*. (Pressemitteilung SPTO 15.12.17, Marshall Islands Journal 22.12.17)

FRZ.-POLYNESIEN RAPA NUI PITCAIRN

Keine Wendung in Frankreichs Kolonialpolitik unter Macron

Frz.-Polynesien: Frankreichs Regierung hält auch unter dem neuen Präsidenten Emmanuel Macron an seiner reaktionären Kolonialpolitik gegenüber Französisch-Polynesien fest. In ihrer jährlichen Resolution zu Französisch-Polynesien stellte die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) Anfang Dezember bereits zum fünften Mal in Folge fest, dass Frankreich die 2013 erfolgte Wiedereinschreibung Französisch-Polynesiens auf der Liste der zu entkolonisierenden Territorien ignoriert und sich beharrlich weigert, seine Verpflichtung nach Artikel 71e der UN-Charta zu erfüllen und Informationen über das Land ans UN-Entkolonisierungskomitee weiterzuleiten. Französisch-Polynesien ist das einzige von insgesamt 17 auf der Liste aufgeführten Territorien, für das keine solchen Informationen weitergeleitet werden, im Gegensatz zu Neuka-

ledonien, wo Frankreich seit Jahren pflichtgemäß mit der UN kooperiert.

Bereits Macrons Vorgänger Hollande hatte viele Polynesier enttäuscht, da er vor seiner Wahl schriftlich versprochen hatte, sich für die Entkolonisierung des Landes einzusetzen und dann genau das Gegenteil tat. Viele hofften, dass Macron, der während seines Wahlkampfes die frühere Kolonialpolitik Frankreichs als „*Verbrechen gegen die Menschlichkeit*“ bezeichnet hatte, und der einer Generation entstammt, in der die Entkolonisierung der meisten französischen Übersee Territorien bereits abgeschlossen war, in dieser Hinsicht eine Kehrtwende machen würde. Diese Hoffnungen wurden nun endgültig enttäuscht, zumal Macrons Partei *En Marche* ankündigte, den amtierenden profranzösischen Präsidenten der Landesregierung, Edouard Fritch, bei den Wahlen zur Landesversammlung Ende April 2018 offiziell zu unterstützen. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor, Tonga. Quelle: Overseas Territories Blog, Website der Vereinten Nationen)

Arzt zum Schweigen verurteilt

Frz.-Polynesien: Dr. Christian Sueur kann nach einem „Schweigeverbot“ durch die tahitische Territorialregierung seine wissenschaftlichen Studien zur generationenübergreifenden Veränderung des Erbgutes von Polynesiern durch radioaktive Verstrahlung nicht fortführen. Das erklärte der engagierte Psychiater jetzt in einem Interview mit der französischen Tageszeitung „Le Parisien“.

Sueur, Chefarzt und bis 2017 leitender Direktor der Abteilung für Kinderheilkunde im Zentralkrankenhaus von Papeete (Tahiti), erklärte, er habe gemeinsam mit dem im vergangenen Jahr verstorbenen französischen Ex-Priester, Journalisten und Atomkraftgegner Bruno Barrillot eine generationenübergreifende Studie am Erbgut von Großeltern, Eltern und Enkeln durchführen wollen. Die Blutproben

habe man zur genaueren Auswertung in ein auf Humangenetik spezialisiertes Labor nach Osaka (Japan) schicken wollen. Einen Kooperationsvertrag mit dem Labor habe man bereits unterzeichnet. Die Versuchsanordnung und die Projektbeschreibung hätten er und Bruno Barillot noch kurz vor dessen Tod im März 2017 fertiggestellt, die Studie sei auch schon in Grundzügen an mehreren Personen teilweise durchgeführt worden. Aus Angst vor den Ergebnissen habe jedoch das Büro zur Überwachung von Atomtestfolgen DSCEN (*Délégation pour le suivi des conséquences des essais nucléaires*) in Papeete den Vertrag mit dem Genetiklabor in Japan aufgelöst und den Mediziner schriftlich darüber informiert, dass es wichtig sei, in dieser Angelegenheit nichts weiter zu unternehmen (Zitat: „*urgent de ne rien faire*“). Das Schreiben sei einem „Schweigegebot“ gleichgekommen, ereiferte sich der Arzt.

Sueur und Barrillot hatten bereits einige DNA-Proben von freiwilligen Familien über drei Generationen entnommen, um herauszufinden, ob genetische Defekte an Zellen, die durch radioaktive Verstrahlung der Großelterngeneration in der Zeit der französischen Atombombentests zwischen 1966 und 1974 entstanden waren, über die Elterngeneration an die Enkel „vererbt“ werden können, ohne dass die Enkel heute einer direkten radioaktiven Verstrahlung ausgesetzt sind. Mit seiner Studie wollte der Kinderarzt herausfinden, ob sich durch Radioaktivität hervorgerufene Zell-Mutationen „vererben“ lassen. Seine Studien hatte der Arzt in den fünf verschiedenen Inselgruppen von Französisch-Polynesien durchgeführt, die meisten davon auf dem Tuamotu-Archipel und auf der Insel Gambier, die besonders vom radioaktiven Fall-Out der französischen Atombombentests betroffen war. Dr. Sueur untersuchte 271 Kinder, deren Großeltern der radioaktiven Verstrahlung ausgesetzt worden waren. Bei 69 Kindern stellte er Entwicklungsverzögerungen physischer und psychischer Art fest. Auf der Insel Reao mit ihren nur 369

Einwohnern stellte der Arzt bei 10 % aller Bewohner eine durch Radioaktivität hervorgerufene gesundheitliche Schädigung fest. Auf der Insel Tureia litt jedes vierte Kind an Schilddrüsenerkrankungen bis hin zu Schilddrüsenkrebs.

Dr. Sueur hat seine 115-seitige französischsprachige Studie trotz Publikationsverbot im Internet veröffentlicht und stellt sie kostenlos zum Download zur Verfügung: https://la1ere.francetvinfo.fr/polynesie/sites/regions_outremer/files/assets/documents/2018/01/22/rapport_radioactif_2017-688825.pdf

Ähnliche Studien gibt es bereits über Arbeiter aus dem havarierten Atomkraftwerk Tschernobyl. Wissenschaftler aus Israel unter der Leitung von Hava Weinberg von der *Universität in Haifa* hatten Kinder von Eltern untersucht, die bei Aufräumungsarbeiten nach der Reaktorschmelze in Tschernobyl tätig waren. Die Mitglieder dieser Aufräumteams waren einer Strahlungs-dosis zwischen 50 und 200 Millisievert ausgesetzt. Das entspricht der Strahlungs-dosis, der ein Pilot nach 20 Jahren oder ein Angestellter in einem AKW nach 10 Jahren ausgesetzt ist. Bei den Kindern, die nach der Tätigkeit der Eltern in Tschernobyl gezeugt und geboren wurden, fand man nach einer Analyse durch Gentests eine „*unerwartet hohe Zunahme*“ an Mutationen. Als Vergleich diente eine Kontrollgruppe von Geschwistern dieser Kinder, die schon vor der Katastrophe gezeugt wurde, sowie Familien, die keiner radioaktiven Strahlung ausgesetzt waren. Die Mutationsrate war bis zu sieben Mal höher als bei den Kindern in der Kontrollgruppe. Erwartet hatte man nur eine Verdoppelung. Die Wissenschaftler konnten so aufzeigen, dass auch eine geringe radioaktive Strahlung zu Mutationen führen kann, die dann vererbt werden.

(<https://la1ere.francetvinfo.fr/polynesie/nucleaire-rapport-christian-sueur-integralite-551945.html>, <https://www.heise.de/tp/features/Auch-geringe-Strahlung-fuehrt-zu-vererbbaren-Mutationen-3448752.html>, <https://scilogs.spektrum.de/atommuelldebatte/welche-schaeden-ruft-radioaktive-strahlung-hervor/>, *Le Parisien* 21.01.18)

Weitere politische Fortschritte

Rapa Nui (Osterinsel): Die chilenische Regierung hat kurz vor dem Ende der Amtszeit von Präsidentin Michelle Bachelet weitere Maßnahmen eingeleitet, um die Situation auf Rapa Nui zu verbessern. So setzte sie das Gesetz zur Beschränkung der Einwanderung auf die Insel, das bereits im letzten Jahr vom Kongress verabschiedet worden war (siehe PA September 2017), im Januar 2018 in Kraft, während gleichzeitig die chilenische Regierung eine wissenschaftliche Studie zur Bewohnerkapazität der Insel in Auftrag gab. Schätzungen zufolge ist die maximale Kapazität im Zuge des Massentourismus (etwa 6.000 Einwohner und über 80.000 Touristen im Jahr) längst überschritten, was nachhaltige Umweltschäden mit sich ziehen wird. Außerdem soll der Unterricht in der Rapanui-Sprache von der Regierung besser gefördert werden. Auf gesamtchilenischer Ebene setzte Bachelet ein Gesetz in Kraft, demzufolge die Gouverneure chilenischer Regionen in Zukunft von der Bevölkerung gewählt anstatt wie bisher von der Zentralregierung ernannt werden.

Sobald das für die Insel geplante Statut als Sonderterritorium in Kraft tritt, wird dies auch für die Gouverneurin von Rapa Nui gelten. Zudem soll es in Zukunft ein Ministerium für indigene Angelegenheiten geben, unter dessen Zuständigkeit neben den Mapuche und anderen indianischen Völkern in Chile auch die Ureinwohner Rapa Nuis fallen werden.

Die Forderungen vieler Rapanui nach politischer Autonomie und einem völkerrechtlich verankerten Entkolonisierungsprozess für die Insel stoßen allerdings in Santiago weiterhin auf taube Ohren. Sorgen bereitet außerdem die Aussicht auf Bachelets Nachfolger als Präsident Chiles, den rechtsgerichteten Sebastián Piñera, der zu Jahresbeginn gewählt wurde und Anfang März Bachelet ablösen wird. In seiner ersten Amtszeit (2010-2014)

hatte Piñera versucht, die Reformen aus Bachelets erster Amtszeit (2006-2010) rückgängig zu machen und auf Rapa Nui eine äußerst reaktionäre Politik betrieben. Die darauffolgenden Proteste der Insulaner hatte er mit brutaler Polizeigewalt niederknüppeln lassen. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor, Tonga. Quelle: *Gobernación de Isla de Pascua, eigene Recherchen*)

Pitcairn will Sternen-Heiligtum werden

Pitcairn: Die Pitcairninselfn im südöstlichen Pazifik bewerben sich um Aufnahme in die Kategorie „Nachthimmel-Heiligtum“ (dark sky sanctuary) der *International Dark Sky Association (DAS)*. Auf der von nur rund 50 Menschen bewohnten Hauptinsel Pitcairn werden derzeit von John Heamshaw, einem emeritierten Professor für Astronomie an der *University of Canterbury*, Workshops zur Sternkunde durchgeführt. Ziel ist es, einheimische Touristenführer so in Astrologie zu schulen, dass sie ihr Wissen an Besucher weitergeben können.

Aufgrund seiner abgelegenen Lage innerhalb eines der größten pazifischen Meeresschutzgebiete ist der Nachthimmel über Pitcairn besonders eindrucksvoll. Es gibt keine Lichtverschmutzung und die klare Sicht in den Himmel wird nicht durch Industrieabgase behindert. Das Alles spricht für eine Einstufung als „heilige Stätte“. Bis dato gibt es weltweit nur drei offizielle „Dark Sky“-Heiligtümer in besonders abgelegenen Regionen der Erde: In Chile, Neuseeland und den USA.

Im wachsenden Zweig des so genannten „Astrotourismus“ geht es darum, Menschen den Sternenhimmel mit seinen Sternbildern und Planeten zu erklären. So genannte „Sternenregionen“ sind nachhaltige Schutzgebiete für natürliche Nachtlanschaften und ermöglichen das Naturerlebnis eines sternenreichen Nachthimmels. Die astrotouristischen Angebote vermeiden einen schädigenden Eingriff in die Natur und schonen somit die natürlichen Ressourcen.

Durch Aufklärung und das Naturerlebnis „Sternenhimmel“ erkennen Besucher den Wert der Dunkelheit und lernen die Möglichkeiten zur Vermeidung von Lichtverschmutzung kennen. Auch in Deutschland gibt es bereits drei Sterneparks – das sind im Vergleich zu den Sternregionen noch einmal besonders geschützte Regionen, in denen der Himmel beobachtet werden kann: In der Eifel, in der Rhön sowie im West-Havelland.

Wer offizieller Sternepark werden will, muss bestimmte Anforderungen der *International Dark Sky Association* erfüllen und unter anderem die Lichtverschmutzung vermeiden. Die DAS vergibt fünf Klassifizierungen für den Blick in den Nachthimmel, die Kategorie „Sanctuary“ ist dabei die höchste. (<http://www.darksky.org/>, *Pitcairn Islands Tourism Press 31.01.18*, <http://www.sternehne-grenzen.de/nachhaltiger-astrotourismus/>)

HAWAI'I

Skandal um falschen Alarm

Mitte Januar erhielten alle Einwohner Hawai'is auf ihren Handys eine SMS vom Katastrophenschutz der Regierung des US-Bundesstaats, der zufolge ein Angriff mit Nuklearraketen unmittelbar bevorstünde, und alle Einwohner angewiesen wurden, Schutzräume aufzusuchen. Im Kontext der gegenseitigen Drohungen der USA und Nordkoreas, den jeweiligen Gegner mit Nuklearwaffen anzugreifen, schien das Szenario realistisch und führte zu allgemeiner Panik. Kurz darauf folgte allerdings eine weitere SMS, in der die Warnung wieder zurückgezogen wurde. Später stellte sich heraus, dass ein Mitarbeiter des Katastrophenschutzes versehentlich den Alarmknopf gedrückt hatte.

Der Vorfall machte einerseits auf drastische Weise deutlich, welchen Gefahren die Bevölkerung Hawai'is durch die US-Militärpolitik ausgesetzt ist. Andererseits wurde auch die Inkompetenz der Behörden, mit dieser Gefahr umzugehen, zur Schau gestellt. Viele machten den insgesamt wenig charismatischen

Gouverneur David Ige persönlich für den Vorfall verantwortlich, und Beobachter meinten, der falsche Alarm könne Ige möglicherweise Ende dieses Jahres seine Wiederwahl kosten. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Lorenz Gonschor, Tonga. Quellen: *Honolulu Star-Advertiser, eigene Recherchen*)

† Robert C. Kiste

Am 28. November 2017 starb in Honolulu (Hawai'i) der amerikanische Ethnologe, Dozent für Pazifikstudien und Buchautor Robert (Bob) C. Kiste im Alter von 81 Jahren.

Kiste wurde in Indiana (USA) geboren, er machte seinen Doktor in Anthropologie an der Universität von Oregon. Später unterrichtete er an der Universität von Minnesota, bevor er 1978 einem Ruf an die *University of Hawai'i* in Manoa folgte. Hier widmete er sich dem Aufbau des Studiengangs „Pacific Islands Studies“.

Von 1978 bis 2002 war Kiste Direktor des *Center for Pacific Islands Studies* an der Universität von Manoa.

Über den Pazifik hinaus bekannt wurde der Ethnologe für sein 1974 veröffentlichtes Buch über die Evakuierung des Bikini-Atolls im Zuge der amerikanischen Atombombentests: „The Bikinians: A study in forced migration“.

Zwei weitere bekannte Bücher sind: „He serves: A biography of Macu Salato“ über einen fidschianischen Arzt und späteren Diplomaten sowie das Handbuch „American Anthropology in Micronesia“.

Kiste hinterlässt seine Frau Valerie und seinen Sohn Vincent.

(*Marshall Islands Journal 08.12.17, Wikipedia*)

AOTEAROA

Überteuerte Treibstoffpreise

Steigende Treibstoffpreise kosten Autofahrer in Neuseeland hunderte Millionen Dollars. Das ergab jetzt ein offizieller Bericht der Regie-

rung. Nun wird über eine staatliche Regulierung der Benzinpreise diskutiert.

Die letzte Überprüfung der Treibstoffpreise durch das Arbeitsministerium (MBIE) vom November 2017 ergab, dass die neuseeländischen Preise vor Steuern mit die höchsten sind in den 35 Mitgliedsländern des Staatenbündnisses der *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (OECD).

Deutlich sind die starken Preisunterschiede auch innerhalb des Landes: In Wellington und auf der gesamten Südinsel zahlen Autofahrer an der Tankstelle signifikant mehr als in den meisten Regionen der Nordinsel. Nicht belegt ist die häufig geäußerte Annahme, dass Treibstoff in einigen Teilen Neuseelands unter der Gewinnspanne verkauft wird, so dass die einen Autofahrer beim Tanken andere Autofahrer unterstützen.

Der neuseeländische Automobilclub NZAA forderte Neuseelands Benzinunternehmen wiederholt auf, die Preise zu senken. Die Gewinnspannen seien so hoch geworden, dass die Politik intervenieren müsse.

In vielen Teilen Neuseelands sind die Treibstoffpreise so hoch wie noch nie in den vergangenen drei Jahren. Den Standardpreis von 2,21 NZD pro Liter Benzin (1,35 €) zahlten Autofahrer in Wellington und Teilen der Südinsel.

Die Energieministerin Megan Woods drohte an, die Ergebnisse einer weiteren Untersuchung nicht abwarten zu wollen. Sie arbeite bereits an kurzfristigen Optionen, um die Verbraucher zu entlasten, die einen unfair hohen Preis für Benzin zahlen würden.

Am 19. Februar 2018 betrug der durchschnittliche Benzinpreis nur noch 2,16 NZ-Dollar.

(Neuseeland Info: Jenny Menzel 14.02.18, https://de.globalpetrolprices.com/New-Zealand/gasoline_prices/)

Giftige australische Spinne bald heimisch?

Die giftige australische Redback-Spinne könnte auch in Neuseeland heimisch werden. Das legen Funde von Exemplaren in Nelson nahe. Die etwa einen Zentimeter große Rotrückenspinne ist mit der kleineren und extrem seltenen neuseeländischen Spinne Katipo verwandt, hat aber ein anderes Rückenmuster. Das Redback-Weibchen trägt einen roten Streifen auf dem schwarzen Hinterleib. Die australische Art hält sich in Gärten und Häusern auf, ungleich der Katipo, die Dünenlandschaften an den Küsten bevorzugt. Der Biss eines Redback-Weibchens ist zwar nicht zu spüren, aber die daraus resultierenden Krämpfe werden als extrem schmerzhaft beschrieben. Meist ist die Behandlung mit einem Gegengift nötig. Die Redback-Männchen sind ungiftig.

Die neuseeländische Biosicherheitsbehörde hat darauf hingewiesen, dass es bereits seit Anfang der 1980er Jahre Populationen der australischen Giftspinne in Otago und New Plymouth gibt. Das Vorkommen in der Nelson-Tasman-Region ist dagegen neu. Die Giftspinne gilt nicht als eingeschleppter Schädling. (Australien Newsletter 05.01.18, <http://www.dailymail.co.uk/news/article-4491282/Australian-redback-spiders-taking-NZ.html>)

Premierministerin will weiter arbeiten

Die schwangere Premierministerin Jacinda Kate Laurell Ardern hat angekündigt, nach der Geburt ihres ersten Kindes im Juni des Jahres nur den sechswöchigen Mutterschutz zu nehmen und dann sofort in ihr Amt zurückzukehren. Für die Zeit des Mutterschutzes übernimmt sie ihre Aufgaben dem Vize-Premier Winston Peters. Ihr Partner, der Fernseh-Moderator Clarke Gayford, werde zu Hause bleiben und sich um das Baby kümmern, sagte Ardern. Sie und ihr Partner hätten sich darüber bereits verständigt und es sei für sie

eine Selbstverständlichkeit, dass sich der Vater um das Kind kümmere, erklärte Ardern mit Blick auf ultra-konservative Kreise, die ihr vorwarfen, sie würde eine „Rabenmutter“ werden.

Info: Die 37-jährige gebürtige Neuseeländerin Ardern trat am 26. Oktober 2017 ihr Amt als Premierministerin an. Sie ist damit das weltweit jüngste Regierungsoberhaupt. Ardern ist Parteiführerin der Partei *Labour Party*. Sie beendete 2001 ihr Studium der Politik- und Kommunikationswissenschaften an der *University of Waikato* und engagierte sich bereits zu Studienzeiten in der *Labour Partei*. Die stets strahlend lächelnd auftretende Ardern ist in Neuseeland so beliebt, dass Medien inzwischen sogar von der „Jacindamania“ sprechen - einer überbordenden Begeisterung für die junge Frau. Ardern selbst warnte die Medien und die Neuseeländer vor so viel Begeisterung ob ihrer Schwangerschaft. Sie sei nicht die erste Frau, die in einem offiziellen Amt ein Kind bekomme. Ergänzend sagte sie: „I'm pregnant, not incapacitated“. (dt. „Ich bin schwanger, nicht entmündigt/arbeitsunfähig“). (Scoop News 19.01.18, The Guardian 26.01.18, Wikipedia)

Maori-Legenden mit App entdecken

Mit der neuen Applikation (App) „A-rataki Cultural Walk Ways“ können Neuseeland-Reisende ab sofort kulturelle Wanderwege entdecken. Die App wurde von Lee Timutimu entwickelt, der sich seit Jahren für den Erhalt der Maori-Sprachen und Legenden engagiert und in der Informationstechnologie so gut Bescheid weiß, dass er die App programmieren konnte. Haben Nutzer die App auf ihr mobiles Endgerät heruntergeladen, können sie aus mehreren Guides für diverse Wanderungen auswählen. Sobald das Smartphone in Reichweite von App-Inhalten kommt, spielt es ohne Internetverbindung die zum Ort passenden Mythen, Legenden und auch Musik ab. Aufgesprochen hat die Geschichten der Maori Joel Harawira, der seit über 35 Jahren

für seine lebendigen Schilderungen der Maori-Legenden bekannt ist.

Die App soll nicht nur Touristen ansprechen, sondern auch einheimische Maori. Deshalb hat Hara-wira Wert daraufgelegt, dass die Legenden akkurat wiedergegeben werden und auch „Mana“ enthalten. Er arbeitet dazu mit den Stämmen im jeweiligen Gebiet der Wanderwege zusammen und lässt sich von diesen die „whakapapa“ (Ahnengeschichten) erzählen.

Info: Die „Arataki“-App ist kostenlos erhältlich für Android und für iPhones. Sie wird ständig erweitert und aktualisiert. Die Inhalte werden im Audio- und Videoformat präsentiert.

„Arataki“ heißt auf Deutsch „führen, leiten, auf etwas hinweisen“. So kann man während des Wanderns etwas über die Ortsnamen, Wegzeichen, Sprichwörter, Geschichten und Gesänge der Maori erfahren. (Neuseeland Info 30.01.18, eigene Recherche)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

UN-Hochkommissar besuchte Indonesien

Indonesien: Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, der jordanische Prinz Zeid bin Ra'ad Zeid al-Hussein, besuchte vom 5. bis zum 7. Februar 2018 Indonesien. In einer Pressekonferenz am Ende dieser Reise äußerte er unter anderem seine Beunruhigung in Bezug auf die Situation in der Region Westpapua. *„Ich bin auch besorgt aufgrund der Berichte über den übermäßigen Einsatz von Gewalt durch Sicherheitskräfte, Drangsalierung, willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen in Papua.“*

Er fügte hinzu, dass die indonesische Regierung die UN eingeladen habe, Westpapua zu besuchen.

„Ich glaube, es ist wichtig, dass wir dorthin reisen und selber sehen, was dort passiert [...] und ich hoffe, dass dies möglichst bald geschehen kann.“

Sein Büro bereite nun eine solche Beobachtungsmission vor. Ein genauer Zeitpunkt ist noch nicht bekannt.

Al-Hussein lobte Indonesien für das Engagement bei der Aufnahme von Rohingya-Flüchtlingen aus Myanmar, forderte aber, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung gewahrt werde und Menschenrechtsverteidiger geschützt werden. Er kritisierte das Vorgehen von Agrarfirmer, die zu Landraub und Umwelterstörung führten und mahnte in Bezug auf Pläne, das Strafgesetz zu überarbeiten, dass viele Teile der ärmeren und marginalisierten Bevölkerung nach der Überarbeitung benachteiligt werden könnten. *„Wenn wir erwarten, dass wir nicht aufgrund unseres Glaubens, unserer Hautfarbe, unseres Geschlechts diskriminiert werden; wenn muslimische Gesellschaften erwarten, dass andere Islamfeindlichkeit bekämpfen, dann müssen wir auch bereit sein, die Diskriminierung, die zu Hause stattfindet, zu beenden.“*

Berichte über Menschenrechtsverletzungen in Westpapua haben bei Aktivisten und in der internationalen Gemeinschaft Sorgen hervorgerufen. Die indonesische Regierung steht zudem in der Kritik, den Zugang für ausländische Journalisten in die Region Westpapua weiter einzuschränken. In den letzten Monaten sind Dutzende Menschen – vor allem Kinder – in der Asmat-Region Westpapas aufgrund von Mangelernährung und Infektionskrankheiten wie Malaria gestorben. Aufgrund der Gesundheitskrise wurde der Regierung vorgeworfen, ihre Bemühungen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region dienen nicht dem Wohl der Bevölkerung. Seit September 2017 erkrankten 568 Menschen an Malaria, 175 wurden in Krankenhäuser eingeliefert. 72 Todesfälle sind bis dato bekannt. (Westpapua-Netzwerk online 19.02.18, Tabloid Jubi 18.01.18), BBC 13.02.18

Müll-Notstand in Bali

Indonesien: Die Provinzregierung der indonesischen Insel Bali hat wegen des Müllproblems den Notstand ausgerufen. Am Kuta-Strand im südlichen Teil der Insel sammelt jeden Abend ein 700 Mann starker Reinigungstrupp rund 100 Tonnen Plastikmüll auf, der von 35 Lastwagen abtransportiert werden muss. Am nächsten Morgen türmen sich erneut Berge von Plastikmüll am bei Touristen besonders beliebten Strand.

Besonders dramatisch ist die Situation in der Regenzeit zwischen November und März, wenn starke Winde und Meeresströmungen Abfall an die Strände bringen und zusätzlich auch noch der Müll aus den Flüssen an die Küsten gespült wird, wie ein Sprecher einer lokalen Umweltschutzorganisation erklärte.

Die Müllberge machen Balis Ruf als „Trauminsel im indischen Ozean“ und als Touristenmagnet zunichte. Niemand möchte an einem Plastikmüll-verseuchten Strand liegen. Groben Schätzungen zufolge werden jährlich in ganz Indonesien mit seinen rund 255 Millionen Einwohnern 1,29 Millionen Tonnen Müll in Flüssen und im Meer „entsorgt“.

Um die Müllkrise in ganz Indonesien zu bekämpfen, hat sich der Staat der Kampagne „Clean Seas“ der Vereinten Nationen angeschlossen, die bereits Anfang 2017 gestartet wurde. Die indonesische Regierung verpflichtet sich dazu, den Meeresmüll bis zum Jahr 2025 um 70 % zu reduzieren. Das Programm zielt darauf ab, die Recyclingquote von Plastik zu erhöhen, Sanierungskampagnen zu starten und den Einsatz von Plastiktüten im Einzelhandel zu reduzieren.



(www.heute.at 28.12.17, <http://www.cleanses.org/>, <https://news.un.org/en/story/2017/04/556132-feature-uns-mission-keep-plastics-out-oceans-and-marine-life>)

Keine Strafen für Homosexuelle

Indonesien: Mit nur einer Stimme Mehrheit hat es das Verfassungsgericht von Indonesien abgelehnt, homosexuelle und unverheiratete heterosexuelle Paare mit Gefängnisstrafe zwischen einem und bis zu fünf Jahren zu bestrafen. Damit bleiben homosexuelle Handlungen sowie nicht-ehelicher Geschlechtsverkehr weiterhin straffrei. Eine Ausnahme stellt die erzkonservative Provinz Aceh dar, hier sind homosexuelle Handlungen illegal.

Eine islamistische Gruppe hatte vor dem Verfassungsgericht eine Klage eingereicht, die jegliche Art von Geschlechtsverkehr außerhalb der offiziellen heterosexuellen Ehe verbieten wollte. Vier Richter stimmten für die Petition, fünf Richter votierten dagegen.

Staatliche Repressionen gegen nicht-heterosexuelle Personen haben in den letzten Jahren zugenommen, wie ein Sprecher der LGBTI-Aktivistinnen erklärte. Die Medien berichten des Öfteren über Razzien in Privatwohnungen und Saunen.

Hintergrund: Das Klima für Homosexuelle im größten muslimischen Land der Welt ist zunehmend vergiftet. Nach vermehrt diskriminierenden Aussagen von Politikern ging Indonesien noch einen Schritt weiter: Die Regierung untersagte dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), eine Gleichstellungskampagne weiterzuführen. Das Projekt richtete sich an Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LGBT). Mehrere Politiker betonten, dass die UNDP-Initiative „nicht im Einklang mit den sozialen Werten des Landes steht“.

Im Februar 2016 hatte die indonesische Regierung sogar Schwulen- und Lesben-Emojis (wie beispielsweise gleichgeschlechtliche Paare) in sozialen Netzwerken verboten. Der beliebte Nachrichtendienst Line musste Sticker mit schwulenfreundlichen Motiven aus seinem Online-Shop entfernen. Die Bilder zeigten geschminkte oder weiblich

gekleidete Männer. Auch Whatsapp und Facebook waren betroffen. (*Die Presse* 17.02.16, *www.queer.de* 14.12.17)

Umfrage bestätigt unterschiedliche Ansichten zur Situation in Westpapua

Indonesien: Das *Indonesische Institut für Wissenschaften* (LIPI) und *Change.org* haben eine Internetumfrage zur Wahrnehmung der Menschen in Westpapua unter 27.298 indonesischen Staatsbürgern durchgeführt. Die Mehrheit der Befragten bestand aus nicht-papuastämmigen Indonesiern (98 %), die zu einem Großteil auch außerhalb Westpapas leben. Die Umfrage dauerte drei Wochen und umfasste verschiedene Bevölkerungssegmente unterschiedlichen Alters, Bildungsgrads und Geschlechts. Die jetzt in Bahasa Indonesia veröffentlichten Ergebnisse verdeutlichen, wie unterschiedlich die Verhältnisse in Westpapua von indigenen Papuas und Indonesiern aus anderen Teilen des Archipels wahrgenommen werden.

Während fast 70 % der indigenen Papuas die Situation in Westpapua als „besorgniserregend“ oder „sehr besorgniserregend“ beschrieben, beurteilten 54 % der befragten Indonesier, die als Migranten in Westpapua leben, die dortigen Verhältnisse als „gut“ oder „sehr gut“.

Cahyo Pamungkas, der bei LIPI die Umfrageergebnisse ausgewertet hatte, erklärte in einer Pressekonferenz Mitte Dezember 2017, dass die unterschiedlichen Wahrnehmungen ein Spiegel der Realität in Westpapua darstellen. Bei den in Westpapua lebenden Migranten wird die schwere Präsenz von Militär und Polizeikräften in den Provinzen Papua und Papua Barat als stabilisierender Faktor wahrgenommen, während indigene Papuas diese Situation angesichts der vielen Menschenrechtsverletzungen als besorgniserregend oder sogar bedrohlich wahrnehmen.

Cahyo Pamungkas Analyse der Ergebnisse stützt sich auch auf

andere Umfrageergebnisse. Auf die Frage, was die schwerwiegendsten Probleme in Westpapua seien, waren die drei häufigsten Antworten unter nicht-papuastämmigen Indonesiern „schlechte Bildungsverhältnisse“ (14 %), „Alkohol- und Drogenmissbrauch“ (12 %) und „Infrastruktur- und Transportprobleme“ (12 %). Dem gegenüber stehen „Menschenrechtsverletzungen“ (14 %), „schlechte Bildungsverhältnisse“ (10 %) und „Korruption“ (8 %) als die obersten drei Antworten unter indigenen Papuas.

Die Tatsache, dass 14 % der befragten indigenen Papuas Menschenrechtsverletzungen als Hauptproblem in Westpapua empfanden, unterstreicht die Wichtigkeit eines Dialogs, welcher nicht nur wirtschaftliche oder soziale Problematiken abdeckt, wie Präsident Jokowi es in dem sektoralen Dialog vorgeschlagen hatte.

Neben den unterschiedlichen Ansichten im Hinblick auf die Verhältnisse in Westpapua, zeigte die Umfrage auch zahlreiche Ähnlichkeiten in der Wahrnehmung von Lösungsansätzen unter den Umfrageteilnehmern auf. So gab die Mehrheit aller Befragten an, dass sie die Probleme in Papua durch die Stärkung personeller Ressourcen lösen würden, wenn sie als verantwortliche Regierungsvertreter die Möglichkeit dazu hätten. Des Weiteren stuften sowohl indigene Papua also auch nicht-papuastämmige Indonesier einen Dialog zwischen Papua und Jakarta bei der Lösung des Papuakonflikts als „sehr wichtig“ (zwischen 62% und 73%) ein.

Die Umfrage kann in Bahasa Indonesia auf der Website der ICP heruntergeladen werden:

<http://humanrightspapua.org/image/s/docs/Survei%20Papua%20Presntation%20Final%20rev%-204.pdf>
(*Westpapua Netzwerk* 30.01.18)

10 Fälle außergerichtlicher Tötungen im Jahr 2017

Westpapua: Im Jahr 2017 dokumentierte die *International Coalition for Papua* (ICP) zehn Fälle au-

bergerichtlicher Tötungen von indigenen Papuas. Die ICP fordert indonesische Behörden auf, umgehend unabhängige, unparteiische und effektive Ermittlungen in diesen Fällen einzuleiten. Alle Täter sollen sich in fairen und transparenten Zivilprozessen vor öffentlichen Gerichten verantworten müssen, wie es in internationalen Menschenrechtsverträgen dargelegt ist.

Zum Gedenken an die getöteten Opfer und in Solidarität für deren Familien in Westpapua, welche Gerechtigkeit für ihre getöteten Angehörigen fordern, hat die ICP folgende Liste der Opfer zusammengestellt:

1. Melkias Dogomo: Er verstarb am 7. Januar 2017, nachdem er während der Haft in der Bezirkspolizeiwache im Moanemai Distrikt im Landkreis Deiyai schwer gefoltert worden war.

2. Otis Pekei wurde am 10. Januar 2017 zu Tode gefoltert, nachdem Polizeibeamte ihn willkürlich während eines großangelegten Sicherheitseinsatzes im Bezirk Moanemai festgenommen und inhaftiert hatten.

3. Edison Hesegeg verstarb am 11. Januar, nachdem Polizeibeamte ihn wegen mutmaßlichen versuchtem Einbruch auf der Polizeiwache KP3 in Wamena inhaftiert und schwer gefoltert hatten.

4. Maikel Marani wurde willkürlich hingerichtet, als Mitglieder einer Spezialeinheit unter dem Kommando der Bezirkspolizei Yapen am 27. März einen Polizeieinsatz im Dorf Kontinuai im Landkreis Yapen durchführten.

5. Ulis Turot wurde am 20. April 2017 von Polizeibeamten der BRIMOB Spezialeinheit im Dorf Ayawasi des Landkreises Maybrat erschossen, weil dieser einen Ladenbesitzer um Zigaretten gebeten hatte, ohne zu bezahlen.

6. Robi Murib wurde am 7. Juli während einer Militärpatrouille in Ilaga im Landkreis Puncak erschossen, weil er einen Revolver in seinem Gürtel trug.

7. Yulianus Pigai wurde am 1. August erschossen, nachdem Polizeibeamte der Spezialeinheit BRIMOB das Feuer auf eine Gruppe von Anwohnern im Dorf Oneibo des Landkreises Deiyai eröffneten

hatten, die gegen eine Firma protestierten, deren Mitarbeiter sich geweigert hatten, einem Dorfbewohner Erste Hilfe zu leisten.

8. Theodorus Kamtar wurde am 9. August von einem Mitglied des Militärgeheimdienstes erschossen, als es im Poimako-Hafen des Mimika-Landkreises zur physischen Auseinandersetzung zwischen Migranten und traditionellen Fischern aus Papua kam.

9. Ishak Jaguar starb am 19. November im Landkreis Merauke, nachdem Angehörige des Yalet Militärpostens ihn wegen seiner Beteiligung an einem friedlichen Protest gegen korrupte Dorfbehörden schwer gefoltert hatten.

10. Nikolausi Bernolpus wurde am 25. Dezember von einem Polizeibeamten im Landkreis Mappi erschossen, als ein Streit zwischen ihm und einem örtlichen Polizeibeamten während einer Routine-Patrouille eskalierte. *(Pressemeldung ICP 19.01.18)*

Einigung über Seegrenze zwischen Australien und Ost-Timor

Timor-Leste: Die australische Außenministerin Julie Bishop und Augusto Cabral Pereira, Minister aus Ost-Timor, haben am 7. März 2018 bei den Vereinten Nationen in New York eine gemeinsame Erklärung zum Verlauf ihrer Seegrenze unterzeichnet. Damit wurde ein jahrzehntelanger Streit zwischen den beiden Staaten beigelegt. Die Grenze verläuft jetzt auf halber Distanz zwischen den Küsten beider Länder.

Die Neuverhandlung der Grenze war eine Premiere unter einem Schlichtungsverfahren im Rahmen der Internationalen Seerechtskonvention. Die Regierung in Dili hatte den Prozess vor 1,5 Jahren angestoßen, und zwar gegen den Willen der Australier. Die hatten auf ein Abkommen gepocht, dass in den späten 1970er Jahren mit Indonesien geschlossen worden war. Als Ost-Timor 2002 von Indonesien unabhängig wurde, begannen auch die Verhandlungen um eine

neue Grenze zwischen Timor und Australien.

Info: Bereits 1974 waren große Öl- und Gasvorkommen in dem Meer zwischen den Staaten gefunden worden. Das arme Ost-Timor ist abhängig von dem Export dieser Ressourcen. Mehr als 80 bis 90 % seiner Staatseinnahmen kommen aus der Öl- und Gasförderung. Durch die neue Grenzziehung können die Timoresen ab sofort das Greater-Sunrise-Feld erschließen, das allein Gas im Wert von 40 Milliarden US-Dollar enthält. Dieses Feld liegt größtenteils auf der timoresischen Seite der neuen Grenze. Die Einigung sieht vor, dass die Einnahmen aus dem Gasfeld Greater Sunrise geteilt werden.

Greater Sunrise liegt 150 Kilometer südöstlich von Osttimor und 450 Kilometer nordwestlich der australischen Stadt Darwin.

Angesichts der Spannungen zwischen den beiden Ländern hatten mehrere Energiekonzerne wie Shell und ConocoPhillips ihre dortigen Förderprojekte eingefroren.

(Neue Zürcher Zeitung, Deutschlandfunk, Der Standard Intern. 07.03.18)

AUSTRALIEN

Solarenergie-Zug hat Betrieb aufgenommen

Im Küstenstädtchen Byron Bay im Bundesstaat New South Wales fährt seit Mitte Dezember 2017 der erste Zug Australiens, der vorwiegend durch Solarenergie angetrieben wird. Dazu wurde eine historische Zuggarnitur, die bisher ausschließlich mit Dieselöl betrieben wurde, mit einem Elektromotor und Photovoltaikpanelen ausgestattet. Für einen eventuellen Notfallbetrieb wurde ein Dieselmotor im „Byron Bay Train“ belassen. Für die Umrüstung des historischen Zuges und den Betrieb der Bahn wurde eigens eine Nichtregierungsorganisation gegründet, die „Byron Bay Railroad Company“. Der Zug verkehrt auf einer drei Kilometer langen Strecke vom

Bahnhof Byron Bay nach North Beach Station in Sunrise Beach. (<http://byronbaytrain.com.au>, *Australien-Newsletter* 17.12.17)

Frankfurter Ingenieure planen U-Bahn-Installation

Das Frankfurter Ingenieurbüro *Bollinger & Grohmann* hat die Tragwerksplanung einer Kunstin- stallation des australischen Künst- lers Chris Fox (Sydney) übernom- men. Die 50 Meter lange Skulptur „Interloop“ hängt an der Decke der U-Bahn-Station „Wynyard Station“ in Sydney. Sie besteht aus 244 originalen Holzstufen und vier Kämmen der ehemals vier hölzernen Rolltreppen, die bereits 1932 in der U-Bahn-Station eingebaut wurden. Die Skulptur wiegt mehr als fünf Tonnen und ist komplett aus seewasserfestem Aluminium gefertigt. Sie wurde von *Transport NSW* in Auftrag gegeben und von Chris Fox innerhalb von sechs Monaten angefertigt. (<http://chrisfox.com.au/>, *SMH* 04.12.17, <https://www.bollinger-grohmann.-com/de.projekte.interloop.html?f=2018>)

Flugzeugträger-Wrack gefunden

Der Mitgründer der Firma Micro- soft, der 65-jährige Amerikaner Paul Allen, hat mit seinem Expedi- tions-Team auf der *RV Petrel* am 8. März rund 800 Kilometer vor der Küste des Bundesstaates Queens- land das Wrack des amerikani- schen Flugzeugträgers „USS Le- xington“ gefunden. Sie entdeckten das von japanischen Bomben und Torpedos schwer beschädigte und in drei Teile zerbrochene Schiff in 3.000 Meter Tiefe auf dem Boden des Korallenmeers, einem Ne- benmeer des Pazifischen Ozeans zwischen Australien, Neuguinea, den Salomonen und Vanuatu.

Info: Die *USS Lexington* war am 8. Mai 1942 nach mehreren Treffern und Gasexplosionen an Bord nicht mehr einsatztauglich. Sie wurde von dem amerikanischen Zerstörer *Phelps* gezielt versenkt. 216 Men- schen an Bord starben, 2.735 Menschen konnten zuvor evakuiert

werden.

Bei dem damaligen Kampf im Ko- rallenmeer hielten mehrere ameri- kanische Flugzeugträger die japa- nische Flotte davon ab, weiter auf die Insel Neuguinea und Australien vorzurücken. Zwar gelang dies, doch verloren die USA den Flug- zeugträger. (*dpa* 08.03.18, [https://en.wikipedia.org/wiki/USS_Lexington_\(CV-2\)](https://en.wikipedia.org/wiki/USS_Lexington_(CV-2)))

Stromatholiten entdeckt

Zu den allerersten Lebensformen, deren fossile Überreste man heute noch findet, zählen die so genann- ten *Stromatolithen*. Das sind durch Bakterienkolonien hervorgebrachte Gesteinsstrukturen, die einen cha- rakteristischen schichtartigen Auf- bau zeigen. Heutzutage sind diese Lebensformen in stark salzhaltige Seen oder andere extreme Ni- schen verdrängt. Denn die Biofil- me, aus denen sie bestehen, ha- ben unter den heutigen Umweltbe- dingungen keine Chance gegen Fressfeinde.

Auf der Insel Tasmanien haben Wissenschaftler jetzt jedoch im Na- turschutzgebiet „Tasmanische Wildnis“ Stromatolithen entdeckt, die in einer weit weniger extremen Umwelt überleben. Wie das Team um Bernadette Prömse von der *University of Tasmania* in Hobart schreibt, gedeihen diese Kolonien in kühlen Süßwassertümpeln, die nur schwach alkalisch sind. Die le- benden Fossilien tauchten in einer Landschaft auf, die von kalkhaltigen Karstquellen dominiert wird.

Info: Stromatolithen bestehen aus diversen Bakterienarten, die eine Lebensgemeinschaft bilden, darun- ter vor allem Zyanobakterien. Ge- meinsam erzeugen sie einen dün- nen Biofilm, auf dem sich durch den Stoffwechsel der Bakterien kalkhaltiges Sediment anlagert. Dieses wiederum zwingt die Mik- roorganismen, in die Höhe zu wachsen – ein Prozess, der sich fortwährend wiederholt und die ty- pische Schichtung zur Folge hat. Die flachen Tümpel des tasmani- schen Nationalparks sind zwar kein extremer Lebensraum, doch auch hier schützen die Umweltbe- dingungen die Stromatolithen ge-

gen Fressfeinde, beobachteten die Forscher.

(<http://www.spektrum.de/news/lebende-fossilien-in-tasmanien-entdeckt/1519281>)

SPORT

Pazifischer Medaillenspiegel

Pyeongchang: Bei den Olympi- schen Spielen im südkoreanischen Pyeongchang konnten Sportler aus folgenden Pazifikstaaten Medaillen erringen:

Australien: Die beiden Silber- Medaillen für Australien errangen Jarryd Hughes im Snowboard Cross Men sowie Matt Graham im Freestyle Skiing der Männer. Scotty James errang die Bronze- Medaille in der Half-Pipe mit Ski- ern.

Neuseeland: Bei der Olympia- Premiere des Big-Air-Wett- bewerbs gewann die erst 16- jährige Zoi Sadowski-Synnott Bronze. Beim Big Air fahren die Snowboarder über eine Schanze und zeigen Sprünge, Schrauben und Salti. Es war die erste Medaille bei Olympischen Winterspielen für Neuseeland seit 26 Jahren. Der ebenfalls 16-jährige Freestyle- Skifahrer Nico Porteous sicherte sich mit 94,80 Punkten Bronze in der Halfpipe.

Der *tongaische* Cross-Country- Skilangläufer Pita Taufatofua schaffte es, die 15 Kilometer lange Strecke zu bewältigen. Mit 56 Mi- nuten und 41 Sekunden kam er als 114ter (von 116) Läufern ins Ziel und war damit knapp 23 Minuten länger unterwegs als der Goldme- daillengewinner Dario Cologna aus der Schweiz.

Yohan Goncalves Goutt aus *Timor-Leste* trat im Slalom der Männer an und schaffte die Stre- cke in 2 Minuten als 104ter von 106 Slalomfahrern. Gold in diesem Lauf gewann Henrik Kristoffersen aus Norwegen mit 47,72 Sekun- den. (<https://www.olympic.org/>)

† Pōnisitia Paasi

Neuseeland: Am 3. März verstarb im Alter von 48 Jahren nach langer Krankheit die Ex-Rugby-Nationalspielerin der neuseeländischen *Black Ferns*, Pōnisitia Paasi. Die Rugby-Spielerin mit dem Spitznamen „Tia“ galt schon zu Lebzeiten in der neuseeländischen Hauptstadt Wellington als Legende, spielte sie doch 21 Saisonen im Rugby-Club der Stadt. Von 2001 bis 2007 war Paasi Spielerin im Frauen-Nationalteam der Rugby-Union, den „Black Ferns“.

Die *Black Ferns* sind die weltweit erfolgreichste Damen-Rugby-Nationalmannschaft. Sie gewannen 1998, 2002, 2006, 2010 und 2017 die Weltmeisterschaft (World Cup) im Frauen-Rugby. (<http://www.allblacks.com/Teams/Ferns>, <https://www.wrfu.co.nz/single/item/wellington-rugby-mourns-the-loss-of-wellington-pride-stalwart-tia-paasi/>)

PNG-Team bereitet sich auf Samoa 2019 vor

Die SportlerInnen, die im nächsten Jahr Teil des PNG- Teams bei den *Pacific Games* in Samoa sein werden, haben mit den Vorbereitungen begonnen, um den Erfolg von 2015 in Port Moresby zu wiederholen.

Vertreter der nationalen Sportverbände trafen sich in Port Moresby mit dem Olympischen Komitee von Papua-Neuguinea (PNGOC), um ihre Pläne, Fortschritte und Ziele zu präsentieren. PNGOC-Präsident Sir John Dawanincura erinnerte die Sportler daran, dass die *Pacific Games* in Samoa 2019 dem Team PNG die Möglichkeit böten, Geschichte auf fremdem Boden zu schreiben.

Vize-Sportminister Wesley Raminai forderte in seiner Grundsatzrede die Sportmannschaften dazu auf, zusammenzuarbeiten, um ihre gemeinsamen Ziele zu erreichen und sich nicht auf ihre individuellen Ziele zu konzentrieren.

„Als Hüter Ihrer jeweiligen Sportarten ermutige ich Sie, Ihren Sport nach den Prinzipien guter Regierungsführung auszuüben und die

Athleten an die erste Stelle zu setzen“, sagte Raminai. *„Es sollte keinen Platz für Fraktionskämpfe und Politik im Sport geben. Diese werden sich nur negativ auf den Fortschritt Ihres Sports auswirken“*, ergänzte er. *„Sport vereint PNG wie kein anderer Faktor. Wir haben es während der Pacific Games 2015 gesehen und ich möchte es 2019 wiedersehen“*, wünschte sich der Vize-Sportminister.

„Die Gastgebernation Samoa, unsere traditionellen Rivalen, Fidschi und die französischen Gebiete Tahiti und Neukaledonien, bereiten sich darauf vor, den Titel des Pacific's Best, den wir 2015 gewonnen hatten, zu holen“, spornte der Minister die Sportler zum konzentrierten Training an. (Artikel von Marius Reindl. *The National* 07.03.2018)

Seko wird Markenbotschafterin für PNG Golf Open 2018

Die neuguineische Golferin Kristine Seko wird die erste Markenbotschafterin für die *SP PNG Golf Open*, die vom 26. bis 29. April im *Royal Port Moresby Golf Club* stattfindet.

Die 32-jährige Seko wurde im November 2017 als neue Markenbotschafterin bekanntgegeben, als die jährliche Veranstaltung offiziell angekündigt wurde.

„Ich denke, es ist das erste Mal, dass der SP PNG Golf Open eine Markenbotschafterin hat, also ist es ein großes Privileg für mich und eine gute Gelegenheit, die Veranstaltung und den PNG-Golf im Allgemeinen zu präsentieren“, sagte Seko.

Seko stammt aus Madang und hat einen Großteil ihrer Kindheit auf dem dortigen Golfplatz verbracht. Ihre Eltern Duncan und Sagilam waren Nationalgolfer und sie ließ sich vom Vorbild der Eltern inspirieren.

Nach dem Gewinn von zwei Goldmedaillen bei den Pazifik-Spielen 2015 und der Fahnenträgerschaft für das Team PNG bei den *Pacific Mini Games 2017* plant Seko, ihre Golfkarriere auch auf internationaler Ebene fortzusetzen und junge

Frauen zu ermutigen, diesen Sport auszuüben. (Artikel von Marius Reindl. *The National* 31.01.2018)

„TOK BILONG PASIFIK“

Parlamentssprecher mahnt zur Pünktlichkeit

Papua-Neuguinea: Der neuguineische Parlamentssprecher Job Pomat (*People's National Congress Party*) hat die Parlamentarier in deutlichen Worten zu Disziplin und Pünktlichkeit aufgerufen. Bei seiner ersten Ermahnung verwies er auf die Hausregeln im Parlamentsgebäude. Während der Redebeiträge von Parlamentariern hätten sich die anderen Mitglieder des Parlaments ruhig zu verhalten. Es sei ein Unding, dass Mitglieder während der Reden durch das Parlament liefen, um mit anderen Mitgliedern an deren Tischen zu plaudern. Man dürfe erwarten, dass die Mitglieder auf ihren Plätzen sitzen blieben und ihren Kollegen konzentriert zuhörten, forderte Pomat. Dies sei ein Zeichen von Respekt.

Zwei Wochen später fand der Parlamentssprecher noch drastischere Worte. Er habe in den letzten 14 Tagen nahezu alle Parlamentssitzungen um jeweils 45 Minuten bis eine Stunde verschieben müssen, weil zu Sitzungsbeginn um 10 Uhr noch kaum jemand im Parlament gewesen sei. Die Wenigen, die pünktlich kämen, verließen das Gebäude nach einem kurzen Blick auf leere Ränge wieder und kämen dann erst um 11 Uhr zurück. Debatten und Abstimmungen könnten ohne das Quorum nicht durchgeführt werden und er habe wenig Lust, auf die ewigen Nachzügler zu warten, warnte Pomat dezidiert die Zuspätkommer und verwies auf einen pünktlichen Sitzungsbeginn am Morgen.

Im Hinblick auf die Medienvertreter sagte Pomat, dass das Fotografieren im Parlament nur nach persönlicher Absprache mit den Fotografierten erlaubt sei. Disziplin- und

Respektlosigkeit müssten endlich ein Ende haben, forderte ein sichtlich enervierter Parlamentssprecher. (*The Post-Courier* 19.02.18, <http://www.parliament.gov.pg/index.php/tenth-parliament/bio/view/manus-district>)

Börsenguru verkauft seltene Briefmarken

USA: Der 73-jährige Amerikaner Bill Gross hat sich als Mitgründer der US-Anlagegesellschaft PIMCO und als Manager von Anleihefonds weltweit einen Namen als „Börsenguru“ gemacht. Weniger bekannt in der Öffentlichkeit ist sein Hobby, das Sammeln seltener Briefmarken. Der leidenschaftliche Sammler hatte bereits vor elf Jahren seine Sammlung an britischen Briefmarken für rund neun Millionen US-Dollar verkauft. Nun hat Gross angekündigt, im September des Jahres beim Auktionshaus *Siegel Auction Galleries* auch seine amerikanischen Briefmarken versteigern lassen zu wollen. Auktionshaus-Chef Scott Trepel rechnet mit einem Verkaufsrekord, denn unter den Hammer kommt u.a. eine absolute Rarität: Die Zwei-Cent-Marke „Blue Hawaiian Missionary“ aus dem Königreich Hawai'i, ausgegeben im Jahr 1851. Allein diese Marke hat einen geschätzten Verkaufswert von 750.000 US-Dollar. Ein Block von 24-Cent-Marken aus dem Jahr 1869 wird auf einen Wert von bis zu einer Million US-Dollar geschätzt.

Für Gross war das Sammeln nach eigener Darstellung Mittel zum Zweck. Er spendete zweistellige Millionenbeträge für gemeinnützige Zwecke. Ein Teil davon ging auch an das nationale Briefmarkenmuseum. (*Handelsblatt* 13.02.18)

Tourismusbehörde finanziert Restaurierung von Mumien

Westpapua: Die Tourismusbehörde (*Office of Tourism and Culture*) im Distrikt Jayawijaya im Carstensz-Gebirge fördert mit 900 Millionen Rupiah (ca. 54.000 €) die

Konservierung von Mumien, die den Distrikt überregional bekannt gemacht haben und zu einem Aufschwung des Tourismus im Bалиem-Tal führten. Der Chef der Tourismusbehörde, Alpius Wetipo, erklärte, das Geld stamme aus dem „Special Autonomy Fonds“ der Provinzregierung von Westpapua.

Mit den Geldern sollen Werkzeuge und Chemikalien beschafft werden, die die Mumien haltbarer machen. Auch sollen einzelne Mumien restauriert werden, damit man sie besser ausstellen kann.

Einige der Mumien sind bereits hunderte Jahre alt, die älteste Mumie soll angeblich sogar 350 Jahre alt sein. Die Verstorbenen wollten sich nicht - wie sonst üblich - verbrennen lassen, sondern ließen sich mumifizieren in der Hoffnung, ihre Nachfahren würden sich so besser an sie erinnern. (*Tabloid Jubi* 04.11.17, <http://www.offtheunbeatentrack.com/west-papua/mek-country/mummies/>)

„Jugend forscht“ zu Sand auf Hawai'i

Jena: Beim Regionalwettbewerb von „Jugend forscht“ in Jena (Thüringen) haben Schüler verschiedenen Schulen aus Jena insgesamt 44 Projekte präsentiert.

Die 13-jährige Schülerin Chiara Wondraczek vom mathematisch-naturwissenschaftlichen Carl-Zeiss-Gymnasium forschte in ihrem Urlaub auf Hawai'i zur Herkunft des Sandes an Stränden. An zehn Stränden in Hawai'i sowie an zwei Stränden an Nord- und Ostsee sammelte Chiara Sandproben und untersuchte diese auf Spuren von Umweltverschmutzung. Zudem versuchte sie herauszufinden, ob sie Hinweise auf das Ursprungsland des Sandes finden konnte. Ihr Fazit: *„Stark abgerundete Sandkörner weisen auf einen länger existierenden Strand hin, während zackige Körner an einem jüngeren Strand, der erst vor wenigen Jahren entstand, zu finden sind.“*

Mikroplastik konnte Chiara in den Sandproben mit ihrem Schulmikro-

skop nicht finden. Sie vermutete, dass es ausgewaschen wurde, da es eine geringere Dichte als Sandkörner hat und leichter ist.

In der Sparte „Schüler experimentieren“ belegte Chiaras Projekt „Sandgeschichten – Was unterscheidet Strandsande aus verschiedenen Teilen der Welt?“ den ersten Platz im Bereich Geo- und Raumwissenschaften.

Ausgerichtet hatte den Regionalwettbewerb die Firma Zeiss. Bundesweit lag die Anmeldezahl zum Wettbewerb bei 12.069, der dritthöchste Wert seit der Gründung von „Jugend forscht“ im Jahr 1965. (*Ostthüringer Zeitung* 23.02.18, https://www.zeiss.de/content/dam/Corporate/Com-mon%20shared%20resources/PDF/ger/jugendforscht_jena_ergebnisliste_2018.pdf)

Regenwald für Touristen schützen

Fidschi: Dank einer Initiative des kommerziellen Anbieters „Rivers Fiji“ können rund 16 Kilometer des oberen Flusses Navua im Nationalpark *Upper Navua Conservation Area* (UNCA) auf der Insel Viti Levu vor Abholzung geschützt werden.

Der Anbieter von Boots- und Raftingtouren auf dem Fluss hat mit Vertretern von neun Klans in den Dörfern entlang des entsprechenden Flussabschnittes einen Vertrag geschlossen, demnach die Abholzung und Kleinbergbauprojekte in einer Zone von je 200 Meter Breite entlang beider Ufer verboten sind.

Ein Sprecher der traditionellen Landeigner entlang des Navua sagte, die Natur müsse vor Raubbau geschützt werden. Aus dem Erhalt der Umwelt könnten sie mehr Kapital schlagen als aus dem Verkauf des Holzes, erklärte er. Die Touristen buchen bei „Rivers Fiji“ extra Bootstouren auf dem Fluss, der für seine intakte Uferlandschaft, seine Wasserfälle und seine engen Bergschluchten bekannt ist. Seit 2006 ist der Nationalpark UNCA im Rahmen der

RAMSAR-Konvention als Feuchtgebiet besonders geschützt. (<http://www.riversfiji.com/rafting/upper-navua>, <http://www.riversfiji.com/ecotourism/upper-navua-conservation-area>)

Automatisches eMotel eröffnet

Neuseeland: In Taupo auf der Nordinsel hat jetzt das erste automatisierte Motel Neuseelands eröffnet. Ankommende Gäste checken hier nicht mehr bei „echten“ Menschen an der Rezeption ein, sondern können ihre Zimmertüren mit einem Code öffnen, den sie per E-Mail auf das Mobiltelefon geschickt bekommen. In der ersten Zeit soll noch ein Hotelmanager tagsüber für Fragen zur Verfügung stehen, danach wird nur noch das Reinigungspersonal tagsüber im mit 5 Sternen ausgezeichneten Hotel sein.

Die Besitzer des eMotel erklärten, mit dem Verzicht auf Angestellte einen großen Teil der Betriebskosten einsparen zu können. Für ein derart kleines Hotel mit nur 3 Zimmern und einem Zwei-Zimmer-Apartment lohne es sich nicht, Angestellte zu beschäftigen. Die volle zeitliche Flexibilität für an- und abreisende Gäste hat jedoch ihren Preis: Das eMotel ist ungleich teurer als vergleichbare Unterkünfte am See von Taupo.

(<https://www.emotel.nz/>, Neuseeland Info 30.01.18)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Alle Nachrichten von Marius Reindl, FSJler im Referat PPO bei Mission EineWelt- aufgrund von Krankheit dieses Mal in Kurzform.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

Staat konzentriert sich auf die kirchliche Partnerschaft

Sam Basil, Minister für Kommunikation, Informationstechnologie und Energie, bekräftigte Anfang des Jahres das Engagement der Re-

gierung für eine Partnerschaft zwischen Regierung und Kirche in dem Land, um Beschuldigungen wegen Zauberei und geschlechtsspezifischer Gewalt anzugehen.

Am Ende der 31. Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche von PNG im Dorf Mogl in Sinasina-Yongomugl, Chimbu, betonte er die Bedeutung der Partnerschaft bei der Bereitstellung dringend benötigter Dienstleistungen für die Menschen.

Bei der Eröffnung der Synode forderte Premierminister Peter O'Neill die Kirchen auf, die Führung im Kampf gegen Zaubereivorwürfe und geschlechtsspezifische Gewalt zu übernehmen.

Basilus, ein Lutheraner, wies Behauptungen über die Existenz von Zauberern zurück: *"Wir dürfen die Existenz von Hexen und Zaubern nicht anerkennen"*, sagte er.

Minister Basil erklärte, Fälle von Hexerei, Zauberei-Beschuldigungen und damit verbundene Folter seien in ländlichen und inzwischen auch in städtischen Gebieten üblich. Er forderte die Kirche auf, sich mit den Problemen zu befassen und Lösungen zu finden. (*The National* 15.01.18)

Kirche konzentriert sich auf Einheit der Familie

Die evangelisch-lutherische Kirche werde sich in diesem Jahr auf die Familie konzentrieren, erklärte der leitende Bischof Jack Urame kürzlich.

Die Familie ist die Grundlage der Gesellschaft und die Kirche wird weiterhin die Werte der Familie hochhalten, erklärte Urame in seiner Neujahrsbotschaft im Hauptsitz der Kirche in Ampo, Lae.

"Heutzutage haben viele Familien Probleme durch fremde Einflüsse wie neue Kulturen, Technologien, neue Ideen und neue Lebensweisen", sagte er. *"Die Idee des Individualismus wird stärker und unsere Familien sind betroffen und das macht die Einheit der Familie schwach. Wir müssen viel in den Aufbau von Familien investieren. Wir wollen keine Kinder sehen, die ohne Eltern auf der Straße herum-*

laufen, oder hören, dass Kinder vernachlässigt werden. Kinder müssen umhertrotzen. Sie brauchen Schutz, Liebe und Trost", machte Urame in seiner Ansprache deutlich.

Urame meinte, Eltern müssten starke Partner sein, um ihre Kinder gut zu erziehen und eine starke, gesunde und liebevolle Umgebung für ihre Kinder zu schaffen.

"Es ist ihre Verantwortung, die ernst genommen werden sollte, denn ohne sie wird unsere Gesellschaft weiterhin vielen Herausforderungen gegenüberstehen", teilte Urame mit.

"Heute entstehen die meisten sozialen Probleme aufgrund von Instabilität innerhalb der Familien, und aus diesem Grund werden wir unsere Energie und Ressourcen in den Aufbau von Familien investieren. Als Kirche engagieren wir uns für unsere Mission und wir werden weiterhin Familienwerte fördern", erläuterte Bischof Urame die Ziele pastoraler Arbeit für die kommenden Jahre. (*The National* 05.01.18)

Gideonbund verschenkt 1.000 Bibel an Gefängnis

1.000 Taschenbibeln wurden im März von *Gideons International* an Gefängnisbeamte und Insassen im Buimo-Gefängnis in der Morobe-Provinz verschenkt.

Die Organisation *Gideons International* (dt. *Gideonbund*) ist eine evangelikale christliche Vereinigung, deren Haupttätigkeit darin besteht, kostenlose Kopien der Bibel zu verteilen. Der Verein ist vor allem für die Verteilung von Bibeln in Hotel- und Motelzimmern auf der ganzen Welt bekannt.

Der Gideonbund verteilt auch kostenlos Bibeln an Krankenhäuser, Arztpraxen, Schulen und Hochschulen sowie Gefängnisse, wie es jetzt in Lae der Fall war.

Gideons Repräsentant Rex Apuka überreichte den Buimo-Häftlingen die Bibeln in Anwesenheit des Gefängnisdirektors Felix Namane und anderer leitender Angestellter. *"Über zwei Milliarden Exemplare der Bibel wurden bisher weltweit verteilt"*, sagte Apuka. *"Hier im Land zielen wir nicht nur auf die*

Gefängnisse, sondern auch auf die Polizei, die PNG Defence Force, Krankenhäuser und Hotels und andere Einrichtungen ab", erklärte der Sprecher des Gideonbundes in PNG.

Gefängnisdirektor Namane dankte dem Bund für ihre Unterstützung des Gefängnisses und der Insassen. Er sagte den Aufsehern und Insassen, dass sie die Bibel gut gebrauchen sollten und die Botschaft verstehen sollten, die sie darin finden.

Namane warnte, dass vergangene Erfahrungen in Gefängnissen im ganzen Land gezeigt hätten, dass Bibelseiten für das Rollen von Tabak zerrissen worden seien, dies dürfte in Buimo aber nicht der Fall sein. *(The National 15.01.18)*

Lae-Kirchengruppe in Alotau gestrandet

Eine Kirchengemeinde aus Lae, Morobe ist in Alotau, Milne Bay Provinz gestrandet, nachdem sie an einer dreiwöchigen Weihnachtsversammlung teilgenommen hatte. Durch Überschwemmungen und zerstörte Straßen sowie durch ungünstige Wetterverhältnisse war zunächst der Rückweg nach Lae abgeschnitten.

An der alljährlichen Versammlung der Siebenten-Tags-Adventisten in Alotau nahmen Teilnehmer aus Madang, den östlichen Hochländern, Chimbu, den Western Highlands, Morobe, dem National Capital District und der Central Province teil.

Die Gruppe von Gemeindemitgliedern war mit dem Boot und Lastwagen gekommen und hatte einen Teil des Weges zu Fuß zurückgelegt, um ihr Ziel in Alotau zu erreichen.

„Einige von uns reisten mit dem Boot und anderen Transportmitteln dorthin, besonders die älteren Mitglieder, während die Jugendlichen, angeführt von Pastor Brett Henry Hevare, mit dem Boot nach Oro und zu Fuß nach Alotau fuhren", sagte ein Sprecher der Gruppe.

Insgesamt 19 Jugendliche mussten große Deltas mit Flößen, Booten oder Kanus auf ihrer Reise

überqueren, die sie von Morobe nach Alotau führte.

Bei dem Treffen der Adventisten ging es um Endzeitnachrichten aus den Büchern Daniel und der Offenbarung. *(The National 17.01.18)*

Kirche rüstet sich für Jahrestag

Die Vorbereitungen für den 50. Geburtstag der *United Church* in Hela wurden am Freitag in der Missionsstation Hoiebia im Distrikt Tari-Pori getroffen.

Die *United Church* entstand im Jahr 1968 nach der Trennung von der Methodist Church, die das Gebiet im Jahr 1963 betreute.

Ungefähr 200 Pastoren in der Provinz bereiten sich mit den Kirchenmitgliedern vor, um den Tag zu feiern.

Bischof Rev. Wai Tege sagte der einheimischen Tageszeitung *The National*, dass die *United Church* eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung riesiger Gebiete in der Hela-Region spielte. Der Jahrestag sei eine Freude für etwa 50.000 Mitglieder der Kirche.

Er erklärte, die Provinz stehe vor vielen Herausforderungen. Zusammen mit der Regierung und den Entwicklungshilfeorganisationen wolle man an der Verbesserung des Lebensalltags der Gemeindemitglieder mitwirken.

Tege sagte, Recht und Ordnung seien ein großes Problem, mit dem sich die Provinz konfrontiert sehe, aber das sei ein Thema im ganzen Land und die Kirche würde sich mit anderen Kirchen, Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und Interessensgruppen zusammenschließen, um sich damit zu befassen.

"Die Kirche freut sich darauf, ihre Partnerschaft mit der Regierung, Entwicklungsagenturen und anderen Interessensgruppen zu stärken, Mitglieder mit Selbstständigkeit und unternehmerischen Fähigkeiten auszustatten, Geschlechtergleichgewicht und Mitglieder zu ermutigen, gebetsbereit zu leben und ein christliches Leben zu führen", bemerkte er.

Die Kirche unterhält im Distrikt eine weiterführende Schule, 11 Ge-

sundheitseinrichtungen, 12 Grundschulen, eine geplante Schule für ländliche Gesundheitswissenschaften in Tigibi im Bezirk Komomargarima und viele Grundschulen. *(The National 15.01.18)*

AUS ANDEREN LÄNDERN

Baumfällungen vor Moschee

Aceh: Die Wärter einer Moschee in der Stadt Meulaboh in Aceh haben aus religiösen Gründen zehn Kiefern abgeholzt, die direkt vor dem Zaun des Gotteshauses angepflanzt worden waren.

Die Bäume wurden am 7. Januar gefällt. Anwar, der Oberaufseher der Moschee, sagte, dass sie die Bäume gefällt hätten, weil sie den Blick auf die Moschee von der angrenzenden Straße verdeckten und die Bäume nicht richtig gepflegt würden. Außerdem sagte er, sie seien abgeholzt worden, weil sie „christlichen Weihnachtsbäumen“ glichen.

Azhar, ein Mitglied des West-Aceh-Regency-Rates, kritisierte heftig die Abholzung der gesunden Kiefern. *"Warum holzen wir nicht alle Kiefern in West-Aceh ab? Wie viel wurde die ganze Zeit budgetiert, um diese Bäume zu erhalten, nur damit sie einfach so weggeworfen werden?"*, fragte er.

Die Umweltbehörde der Stadt wies auch die Behauptung der Moscheeverwalter zurück, dass die Bäume nicht richtig gepflegt worden seien. *"Die ganze Zeit sind die Bäume in Meulaboh gepflegt worden. Wir haben 7 Millionen IDR (525 USD) pro Jahr für ihre Trimmung und 15 Millionen IDR (1.125 USD) für Düngemittel eingeplant"*, sagte der Leiter der Umweltbehörde von Meulaboh, Adi Yunanda.

Adi fügte hinzu, dass die Betreuer der Moschee einseitig die Entscheidung fällten, die Bäume - die öffentliches Eigentum waren - zu fällen.

Aceh ist die einzige Provinz in Indonesien, die aufgrund ihrer regionalen Autonomie das islamische Scharia-Recht durchsetzen kann. Die Provinz wurde wegen systematischer Menschenrechtsverlet-

zungen kritisiert, einschließlich öffentlicher Auspeitschungen für mutmaßliche Ehebrecher und Homosexuelle. (*Coconuts Jakarta 19.01.18*)

Christen wegen Alkoholverkauf ausgepeitscht

Aceh: Ein indonesischer Christ wurde öffentlich ausgepeitscht, weil er Alkohol in der Provinz Aceh verkauft hatte: Eine Verletzung des islamischen Gesetzes, wie eine Schar von Zuschauern, darunter Kinder, höhnte.

Jono Simbolon verzog das Gesicht vor Schmerzen, als ein maskierter religiöser Offizier vor einer Moschee in der Provinzhauptstadt Banda Aceh mit einem Rattanstock auf einer improvisierten Bühne seinen Rücken auspeitschte.

Er ist der dritte Christ, der unter einer öffentlichen Auspeitschung litt, seit Aceh auf der Insel Sumatra mit der Umsetzung des islamischen Rechts begann, nachdem es 2001 seine Sonderautonomie erhalten hatte - ein Versuch der Zentralregierung, einen langanhaltenden separatistischen Aufstand niederzuschlagen.

„Dies ist die Verpflichtung unserer Regierung, das islamische Recht durchzusetzen“, sagte Banda Acehs Bürgermeister Aminullah Usman. *„Wenn es einen Gesetzesverstoß gibt, melde es sofort der Sharia-Polizei und wir werden eine Bestrafung wie heute durchführen“*, sagte er und bezog sich dabei auf religiöse Autoritäten.

Ein Arzt überprüfte Simbolons Zustand nach 10 Schlägen, bevor die Auspeitschung weiterging.

Er war einer von zehn Menschen - acht Männer und zwei Frauen -, die nach Freitagsgebeten wegen Straftaten wie Zuhälterei, Prostitution und Glücksspiel festgenommen worden waren.

Ein unverheiratetes Paar erhielt jeweils 20 Schläge, weil es zu körperlich nahe beieinander war - was als Vorspiel zu verbotenem vor-ehelichen Sex gesehen wurde.

Simbolon wurde im Oktober verhaftet und wegen illegalem Alkoholverkauf zu 36 Peitschenhieben

verurteilt.

Ungefähr 98 Prozent der fünf Millionen Einwohner von Aceh sind Muslime, die religiösem Recht unterliegen und lokal als Qanun bekannt sind. Nicht-Muslime, die eine Straftat begehen, die sowohl nationale als auch religiöse Gesetze verletzt - wie zum Beispiel den Verkauf von Schnapsbranntwein -, können sich dafür entscheiden, in beiden Systemen strafrechtlich verfolgt zu werden.

Info: Aceh ist die einzige Provinz in Indonesien, die das islamische Recht umsetzt. Letztes Jahr wurden in Aceh zwei homosexuelle Männer ausgepeitscht, die zugeben, Geschlechtsverkehr gehabt zu haben. Jeder von ihnen erhielt 100 Stockschläge.

Homosexueller Sex ist im Rest Indonesiens nicht illegal, was hauptsächlich einem Strafbuch folgt, das vom ehemaligen Kolonialherren der Niederlande übernommen wurde. (*MailOnline 19.01.18*)

IN EIGENER SACHE

Spende für die Pazifik-Arbeit von Mission EineWelt

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

wir senden Ihnen gerne kostenlos die „Pazifik aktuell“ vierteljährlich zu.

Mission EineWelt, das Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, trägt hierfür die Herstellungs- und Versandkosten.

Es wäre schön, wenn Sie an Stelle einer Kostenerstattung seine missionarischen und sozialen Aufgaben in Papua-Neuguinea, Fidschi, Tahiti und anderen Ländern des Pazifiks durch eine Spende (Spendenkonto bei der Evangelischen Bank, IBAN DE12 5206 0410 0001 0111 11, Verwendungszweck *Pazifik-Info*) unterstützen. Ihre Spende fließt in die Projektarbeit unserer pazifischen Partnerländer.

Spenden sind steuerlich absetzbar. Für Beträge bis 200,- EUR genügt für das Finanzamt der abgestempelte Überweisungsabschnitt, der dieser Ausgabe beiliegt.

Vielen Dank!

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner und FSJ'ler

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.
Evangelische Bank
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

ABC • Australien-Info • Deutsche Osttimor-Gesellschaft • Contemporary Pacific • Islands Business • Marianas Variety • National Neuseeland-Info • Pacific Beat • Pacific Daily News • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Saipan Tribune • Solomon Islands Broadcasting Association • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE

und
Mission EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de